
Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik

Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden
Zeitraum der Befragung: 25. Januar 2016 bis 5. März 2016

Dr. Frank Gesemann / Prof. Dr. Roland Roth

Berlin, Mai 2016



DESI – Institut für
Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration

**Eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration (DESI)**

Autoren: Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Roland Roth

*Grafische und technische Umsetzung der Online-Befragung:
Ellen Windmüller, Dipl.-Kommunikationsdesignerin*

Quantitative Analysen und methodische Beratung: Martin Böhme, M.A.

Inhalt

0.	Zusammenfassung	4
1.	Einleitung	7
2.	Basisdaten der befragten Kommunen.....	9
3.	Kommunale Flüchtlingspolitik	13
3.1	Aufgaben und Herausforderungen.....	13
3.2	Ressourcen	16
3.3	Unterstützungsbedarfe	18
4.	Bürgerschaftliches Engagement als kommunale Ressource	20
4.1	Bürgerschaftliches Engagement für, mit und von Flüchtlingen	20
4.1	Kommunale Anstrengungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	23
5.	Kommunale Integrationspolitik	24
5.1	Integration als kommunale Aufgabe	24
5.2	Vernetzung in der kommunalen Integrationsarbeit	27
5.3	Strategische Ausrichtung von Integrationspolitik	29
6.	Perspektiven einer kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik	32
7.	Fazit	33
8.	Literatur.....	36

Anhang

Tabellarischer Anhang.....	37
Online-Fragebogen.....	46
Impressum.....	54

0. ZUSAMMENFASSUNG

1. **Bürgerschaftliches Engagement als zentrale Ressource.** Auch Anfang 2016 sehen Kommunen im starken freiwilligen Engagement der Bevölkerung die zentrale Ressource für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Dies betonen nahezu 90 Prozent aller befragten Kommunen. Drei von vier Kommunen verweisen zudem auf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen und heben die Offenheit und das Engagement ihrer Vereine hervor.

Diese Aussagen widersprechen populären Einschätzungen, wonach das spontane Engagement im letzten Herbst bereits abgeebbt und in Enttäuschung umgeschlagen sei. Offensichtlich ging es vielen Engagierten nicht nur um schnelle Nothilfe, sondern sie zeigen auch Bereitschaft zum dauerhaften Engagement. Das überraschend intensive und anhaltende freiwillige Engagement zeigt zudem, dass die Befunde der Freiwilligensurveys zu einer generell angewachsenen Bereitschaft zum Engagement in Bevölkerung belastbar sind. Bei entsprechenden Herausforderungen engagieren sich offensichtlich auch Menschen, die dafür bisher keinen Anlass oder keine Gelegenheit gesehen haben. Eine gemeinschaftliche Unterstützung von Menschen in Not, die aus fernen Ländern und Kulturen kommen, setzt eine Mobilisierung von Empathie und Interesse voraus, die über klassische Motive von Engagement hinausreicht.

2. **Kommunen sind bereits im Integrationsmodus angelangt.** Auch wenn es an vielen Orten noch Herausforderungen in der Erstversorgung und Unterbringung gibt, stellt sich die große Mehrzahl der Kommunen bereits zu Beginn des Jahres 2016 der Aufgabe, die Geflüchteten und Zugewanderten zu integrieren. Im Unterschied zu vielen öffentlichen Äußerungen hat die Integration vor Ort längst begonnen und wird nicht als Aufgabe angesehen, der man sich erst in Zukunft widmen wird. Dezentrale Unterbringung, Sprache und Bildung sowie Information, Engagement und Beteiligung der Bevölkerung werden von den Kommunen als die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen angesehen. Es folgen Themen wie die Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Kompetenzfeststellung und Qualifizierung, gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung sowie Förderung interkultureller Begegnungen, aber auch die Gewährleistung von Sicherheit und die Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Kommunen sind in einer Vielzahl von Handlungsfeldern gefordert, damit Integration auf mittlere Sicht gelingt.
3. **Integration von Flüchtlingen als lokale Gemeinschaftsaufgabe.** Gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune sowie die Koordination und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung rangieren an zweiter Stelle bei der Frage nach den wichtigsten kommunalen Ressourcen. Dies bestätigen vier von fünf bzw. mehr als zwei Drittel der Kommunen. Mehr als 80 Prozent der Kommunen sehen in der Information und Einbindung der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe. Mit der Flüchtlings- und Integrationspolitik beginnt sich offensichtlich ein lokales Handlungsfeld zu entwickeln, das zentral auf gleichberechtigte Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und engagierter Bürgerschaft setzt. Das ehrenamtliche Engagement wird nicht als Notnagel betrachtet, der in besseren Zeiten professionell ersetzt werden kann. Vielmehr werden produktive Kooperationsbeziehungen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort und die Einbindung der Bevölkerung insgesamt als wichtige Gestaltungsaufgaben kommunaler Integrationspolitik angesehen. Entsprechend unterstützen mehr als zwei Drittel aller Kommunen Flüchtlings- und Willkommensinitiativen oder fördern Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekte.

- 4. Noch immer große Offenheit für Flüchtlinge.** Mehr als zwei Drittel der Kommunen sprechen auch in den ersten Monaten des Jahres 2016 von einer positiven Grundstimmung und einer ausgeprägten Offenheit in der lokalen Bevölkerung. Bei der Frage nach den zentralen kommunalen Aufgaben und Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen landet das Thema fremdenfeindliche Proteste auf dem letzten Platz. Weniger als die Hälfte aller Kommunen sehen deren Einhegung und Prävention als vordringlich an.

Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und fremdenfeindliche Übergriffe erzeugen zuweilen ein Zerrbild, das durch anmaßende rechtspopulistische Mobilisierungen bekräftigt wird („Wir sind das Volk!“). Von einigen Regionen und Orten abgesehen, sind flüchtlings- und fremdenfeindliche Stimmungen und Mobilisierungen keineswegs vorherrschend. Gleichwohl sind sie ein Thema, das in der kommunalen Integrationspolitik durchaus beachtet wird. In der öffentlichen Debatte wird aber nicht selten die Abwehr gegenüber Flüchtlingen in der lokalen Bevölkerung überbetont.

- 5. „Wir können Integration“.** Kommunen verfügen nicht nur über eigene integrationspolitische Erfahrungen, sondern haben in der Vergangenheit in großer Zahl Grundstrukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik entwickelt. Drei von vier Kommunen messen der Integration der Zugewanderten einen hohen Stellenwert bei und fast die Hälfte sieht in einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik eine wichtige Ressource. Dazu gehören für zwei von drei Kommunen die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe und ein kommunales Integrationskonzept. Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen sprechen sich für ein Konzept bzw. Leitbild zur Integration von Flüchtlingen aus. Der Grad der Vernetzung zentraler integrationspolitischer Akteure in der Kommune wird von mehr als der Hälfte der befragten Kommunen mit sehr gut oder gut bewertet.

In öffentlichen Debatten wird zuweilen fälschlich der Eindruck vermittelt, als wäre mit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine gänzlich neue und unbekannte Herausforderung für die Kommunen entstanden. Integration ist für Kommunen keine „terra incognita“. Sie verfügen mehrheitlich über Erfahrungen und Wissen, wie Integration vor Ort gelingen kann, auch wenn die großen Zahlen der letzten Monate eine besondere Herausforderung darstellen. Strategische Integrationskonzepte hat die kommunale Ebene bereits für den Nationalen Integrationsplan (2007) und den Nationalen Aktionsplan Integration (2011) mit breiter Resonanz ausgearbeitet. Kommunen können in der aktuellen Situation vielerorts auf etablierte Netzwerke, professionelle Einrichtungen und Kooperationen mit der lokalen Zivilgesellschaft (Flüchtlingsräte, Migrant*innenorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Vereine) zurückgreifen. Neue Initiativen haben sich in den letzten Monaten spontan gebildet. Sie einzubinden und von den Erfahrungen der Engagierten zu lernen, stellt eine wichtige Herausforderung für die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit dar.

- 6. Kommunen benötigen dringend zusätzliche und verlässliche Ressourcen.** Dezentrale Unterbringung, Gemeinschaftsunterkünfte, Sprachkurse, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Qualifizierungsangebote, Zugänge zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, gesundheitliche und psychosoziale Betreuung, die Sorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden von den Kommunen als zentrale Herausforderungen benannt. Für diese klassischen Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik sind zusätzliches Personal und eine erweiterte finanzielle Unterstützung unabdingbar. Mehr als 90 Prozent der befragten Kommunen sehen in der verbesserten Kostenerstattung durch Bund und Länder eine zentrale Gelingensbedingung ihrer kommunalen Integrationsanstrengungen. Sie signalisieren zudem besonderen Unterstützungsbedarf bei Sprach- und

Integrationskursen, beim Ausbau von Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, bei der Stärkung der Arbeitsmarktintegration und der Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Rund 70 Prozent fordern eine Entlastung bei den Kosten für die Gesundheitsversorgung. Drei von vier Kommunen melden an, dass zusätzliches Personal in der Kommunalverwaltung erforderlich ist.

Auch wenn die Finanzlage in den Kommunen ebenso unterschiedlich ist wie ihre Ausstattung mit zentralen integrationspolitischen Ressourcen (Wohnungen, Arbeitsplätzen, Sozial- und Bildungseinrichtungen etc.), signalisieren die Rückmeldungen, dass die Kommunen die Integration der Neuankommenden über die akute Nothilfe hinaus als eine Daueraufgabe begreifen, die nur gelingen kann, wenn sie die dafür nötige Unterstützung durch Bund und Länder erfahren. Das vielfältige Engagement der örtlichen Gemeinschaft ist zwar eine zentrale Ressource, aber sie allein kann diesen Unterstützungsbedarf für professionelle Strukturen und Einrichtungen nicht dauerhaft kompensieren.

- 7. Integration von Flüchtlingen als föderale Gemeinschaftsaufgabe.** Mehr als 90 Prozent aller befragten Kommunen sehen in der verbesserten Koordination der Flüchtlingspolitik im Bundesstaat eine große Herausforderung. Zudem erwarten mehr als drei Viertel aller Kommunen Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik. Dabei sind sie durchaus bereit, ihre besondere Rolle als lokale Integrationsmotoren wahrzunehmen. Fast zwei Drittel der Kommunen spricht sich für eine Verankerung von Integration als kommunale Regelaufgabe aus.

Offensichtlich klafft zwischen dem wohlfeilen Bekenntnis „Integration findet vor Ort statt“ und der Bereitschaft, die Kommunen im föderalen Gefüge mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, eine erhebliche Lücke. Sie ist durch die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik noch größer geworden.

1. EINLEITUNG

Die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen ist seit dem Sommer 2015 an vielen Orten zur zentralen kommunalpolitischen Herausforderung geworden. In den ersten Monaten standen Unterbringung und Flüchtlingsnothilfe im Vordergrund. Zumindest auf mittlere Sicht wird es aber darum gehen, die vielfältigen Integrationsaufgaben in den Kommunen erfolgreich zu bewältigen.

In Anknüpfung an Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Integrationspolitik sollte mit Hilfe der Online-Umfrage zur „Kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik“ geklärt werden, auf welche Art und Weise eine strategische Steuerung von Integrationspolitik in den Kommunen erfolgt und wo flüchtlingspolitische Erweiterungen und neue Schritte als notwendig erachtet werden, um aktuell und auf mittlere Sicht den migrationspolitischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Die Umfrage knüpft dabei an Ergebnisse einer Studie zum „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ an, in der 2011 erhoben wurde, in welchem Umfang die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik¹ umgesetzt wurden und inwieweit die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen eines integrationspolitischen Gesamtkonzepts erfolgt.²

Erkenntnisinteresse

Der Befragung von Kommunen lagen dabei folgende Leitfragen zugrunde:

- Was sind zentrale Aufgaben, Ressourcen und Unterstützungsbedarfe von Städten, Landkreisen und Gemeinden bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?
- Wie bewerten die Kommunen das Engagement der lokalen Bevölkerung für Flüchtlinge?
- Welche kommunalpolitische Bedeutung messen die Befragten der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchthintergrund bei?
- Wie schätzen die Befragten den Grad der Vernetzung relevanter Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit ein?
- Welche Anstrengungen haben die Kommunen unternommen, um das freiwillige Engagement für, mit und von Migranten zu fördern?
- Wie bewerten die Kommunen Bedeutung und Wirkungen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik?
- Welche Schritte für die Flüchtlings- und Integrationspolitik in der Kommune sind aus Sicht der Befragten vorrangig?

Online-Fragebogen

Um die Erfahrungen und Perspektiven von Städten, Landkreisen und Gemeinden mit der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erheben, haben wir im November/Dezember 2015 einen achtseitigen Online-Fragebogen mit 18 geschlossenen Fragen konzipiert. Der Umfang des Fragebogens wurde begrenzt, um eine möglichst Ressourcen schonende Durchführung und Auswertung der Befragung zu ermöglichen.

¹ Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände: Beitrag der kommunalen Spitzenverbände. In: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin 2011: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, S. 31-33.

² Siehe Frank Gesemann, Roland Roth, Jutta Aumüller: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI). Berlin 2012: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Die Befragten wurden zudem um Hinweise auf Beispiele guter Praxis, insbesondere in den Themenfeldern Sprache, Bildung und berufliche Bildung, freiwilliges Engagement, Begegnung, Wohnen und Arbeitsmarkt gebeten. Die Auswertung und Aufbereitung dieser Informationen in Form einer Handreichung für Kommunen sollen ein Lernen voneinander und einen Transfer guter Praxis erleichtern.³

Die Befragung zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden inhaltlich abgestimmt sowie von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zusätzlich finanziell unterstützt.

Zielgruppe der Befragung

Die Umfrage richtete sich an die Verantwortlichen für die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik in deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden. Das konnten je nach lokaler Situation (Ober-) BürgermeisterInnen, LandrätInnen, LeiterInnen von Integrationsabteilungen, Integrations- oder Flüchtlingsbeauftragte sein.

Erhebungszeitraum

Die Einladungen zur Beteiligung an der Umfrage wurden von den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) am 25. Januar 2016 per Rundschreiben an ihre Mitglieder und Mitgliedsverbände versandt. Eine Teilnahme an der Umfrage war – nach einmaliger Verlängerung des Befragungszeitraums – schließlich bis zum 05. März 2016 möglich.

Stichprobe

An der Umfrage haben sich im Erhebungszeitraum vom 25. Januar 2016 bis zum 05. März 2016 insgesamt 270 Städte, Landkreise und Gemeinden beteiligt. Ein Vergleich der Stichprobe mit der Verteilung der Kommunen in Deutschland zeigt, dass sich an der Umfrage ungefähr jede zweite Großstadt, jeder fünfte Landkreis, jede zehnte Mittelstadt und jede 25. Kleinstadt beteiligt hat. Zudem wurden immerhin 31 Gemeinden unter 5.000 EinwohnerInnen erreicht, die fast drei Viertel aller Gemeinden in Deutschland stellen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Kommunen in Deutschland und der Stichprobe nach Gemeindegröße und Gemeindetyp

Gemeindegröße/ Gemeindetyp	Stichprobe	In Prozent	Kommunen in Deutsch- land insgesamt	In Prozent aller Kommunen	Stichprobe in Prozent aller Kommunen
Großstädte > 100.000 Einwohner	35	13,0	77	0,7	45,5
Mittelstädte 20.000 bis unter 100.000 Einwohner	62	23,0	600	5,2	10,3
Kleinstädte und Gemeinden 5.000 bis unter 20.000 Einwohner	83	30,7	2.221	19,3	3,7
Gemeinden < 5.000 Einwohner	31	11,5	8.298	72,3	0,4
Insgesamt	270	100,0	11.485	100,0	2,4
Landkreise	59	21,9	295	100,0	20,0

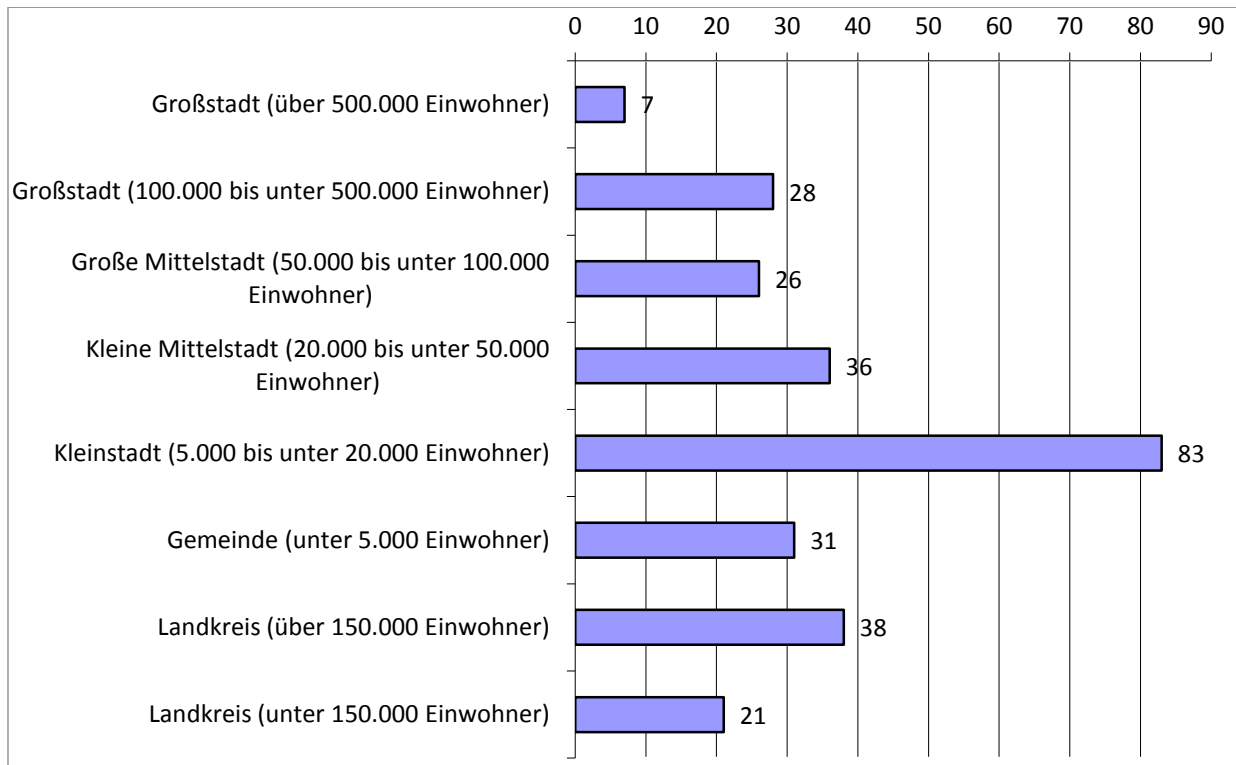
Quelle: DESI 2016; BBSR 2015

³ Eine Handreichung für Kommunen mit Hinweisen auf Beispiele guter Praxis in der lokalen Flüchtlings- und Integrationsarbeit wird im Frühsommer 2016 erscheinen.

2. BASISDATEN DER BEFRAGTEN KOMMUNEN

Die Verteilung der Befragten nach Gemeindegrößen und Gemeindetypen bietet ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis: Es wurde eine große Anzahl von Kommunen in jeder Kategorie erreicht, sodass ein aussagekräftiges Gesamtbild gezeichnet werden kann. Bemerkenswert ist vor allem, dass sich viele Kleinstädte und Gemeinden an der Umfrage beteiligt haben (vgl. Schaubild 1).

Schaubild 1: Die Verteilung der befragten Kommunen nach Gemeindegröße und Gemeindetyp

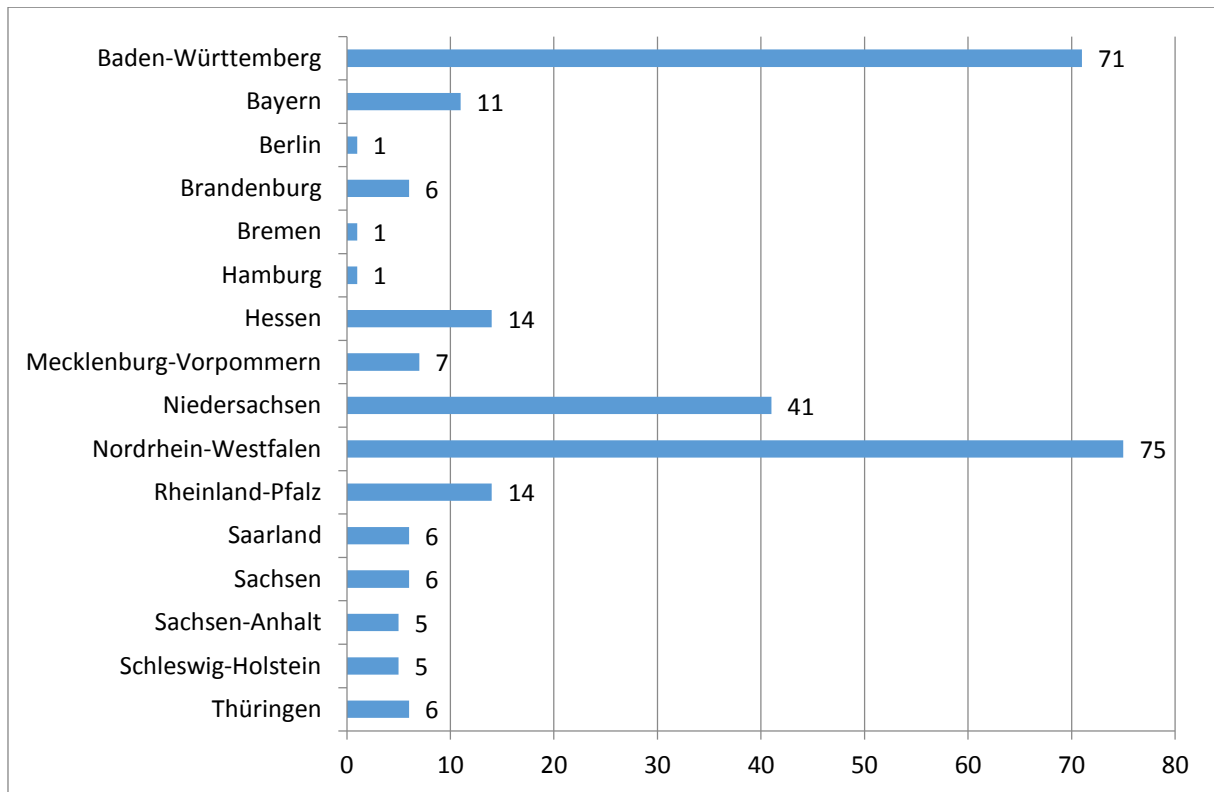


N=270

Quelle: DESI 2016

An der Umfrage zur Kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik haben sich Kommunen aus allen 16 Bundesländern beteiligt, insbesondere aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen, auf die allein knapp 70 Prozent der Antworten entfallen. Diese drei Länder sowie das Saarland sind in der Stichprobe deutlich überrepräsentiert. In Nordrhein-Westfalen, das vor allem durch Groß- und Mittelstädte geprägt ist, wurde sogar fast jede fünfte Gemeinde erreicht. Insgesamt entfallen 240 Antworten auf die westdeutschen (88,9 %) und 30 auf die ostdeutschen Länder (11,1 %), die 24 Prozent aller Gemeinden in Deutschland stellen (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2: Antworten nach Bundesländern



N=270

Quelle: DESI 2016

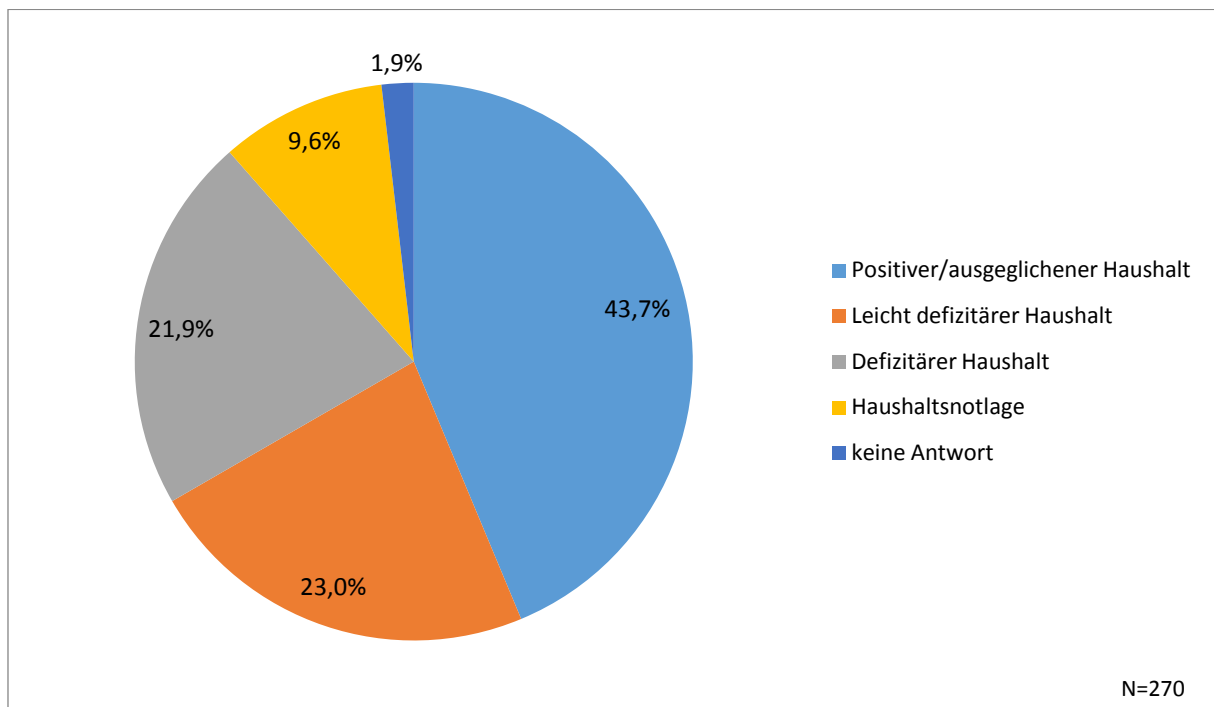
Kommunale Finanzsituation engt Handlungsspielräume insbesondere von Großstädten ein

Die Befragten wurden um Angaben zu ihrer aktuellen kommunalen Finanzsituation gebeten, um die jeweiligen Handlungsspielräume besser einschätzen zu können. Die Ergebnisse bieten insgesamt ein sehr vielschichtiges Bild: Jeweils knapp die Hälfte der befragten Kommunen verfügt über einen positiven bzw. ausgeglichenen oder einen (leicht) defizitären Haushalt; fast jede zehnte Kommune befindet sich dagegen in einer Haushaltsnotlage. Dabei ist die finanzielle Situation der Kommunen aber je nach Gemeindegröße bzw. Gemeindetyp sehr unterschiedlich: Über die Hälfte der Kleinstädte, Gemeinden und Landkreise, aber nur ein Viertel aller Mittelstädte und ein Drittel aller Großstädte hat einen positiven bzw. ausgeglichenen Haushalt. Von einer Haushaltsnotlage sind 22,9 Prozent der Großstädte, 9,7 Prozent der Mittelstädte,⁴ 7,9 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden sowie 5,1 Prozent der Landkreise betroffen (vgl. Schaubild 3).

⁴ 15,4 Prozent der großen Mittelstädte berichten über eine Haushaltsnotlage.

Schaubild 3: Haushaltslage der befragten Kommunen

Einschätzung der aktuellen kommunalen Finanzsituation (Haushalt 2015)



Quelle: DESI 2016

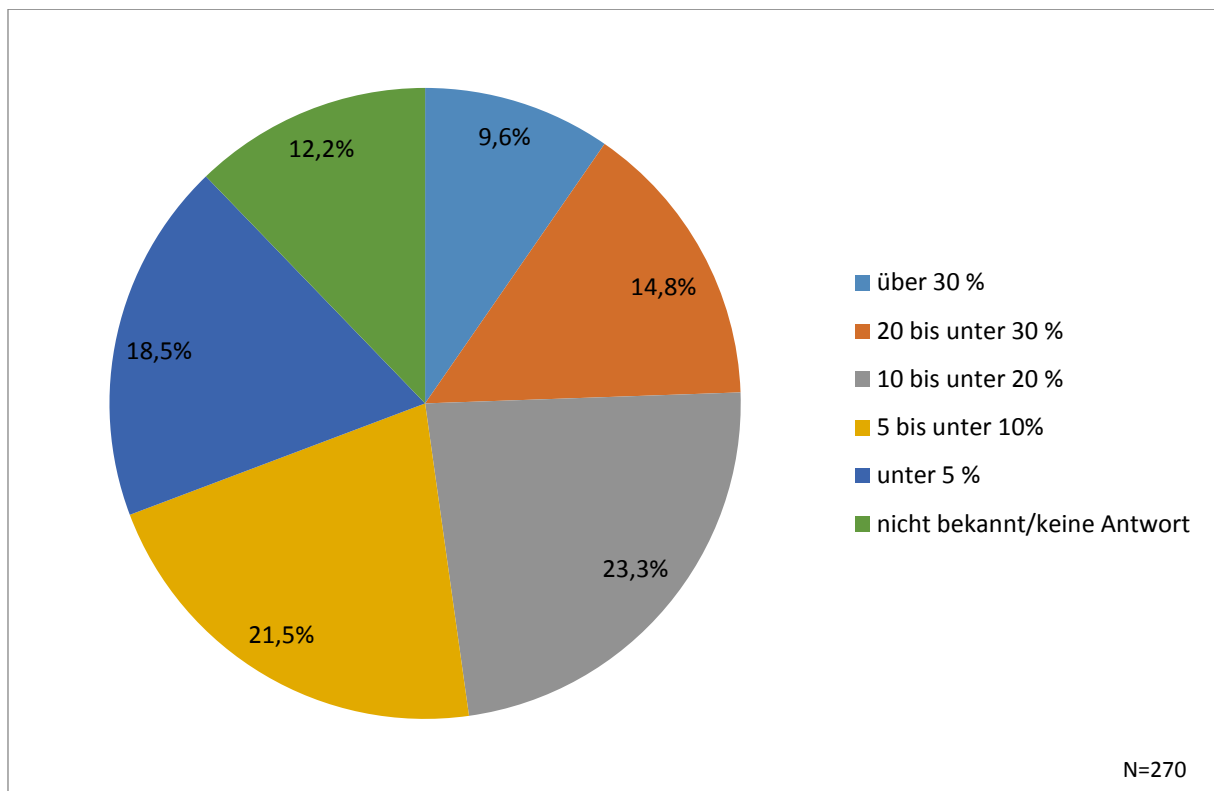
Große Unterschiede beim Migrantenanteil an der Bevölkerung

Zuwanderung ist in den befragten Kommunen unterschiedlich ausgeprägt: Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reicht dabei von Werten von über 40 Prozent bis hin zu unter fünf Prozent. Werte von über dreißig Prozent werden dabei aber nur von jeder zehnten Kommune berichtet. In fast zwei Drittel der befragten Kommunen liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter dem Bundesdurchschnitt (2014: 20,4 %); in 40 Prozent der Kommunen liegt er sogar unter zehn Prozent. Erwartungsgemäß steigt der Prozentsatz der Kommunen mit einem höheren Migrantenanteil an der Bevölkerung mit der Gemeindegröße. 23 der 26 Kommunen mit einem Migrantenanteil von über 30 Prozent sind Großstädte (vgl. Schaubild 4).

Der Anteil der Zuwanderung sowie der Zuweisung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren variiert sehr stark in den befragten Kommunen. In jeweils jeder siebten Kommune ist die Bevölkerung entweder um mehr als fünf Prozent oder um drei bis fünf Prozent gewachsen; sechs von zehn Befragten schätzen den Anteil der Neuzuwanderung auf ein bis drei Prozent und in jeder achten Kommune liegt er unter einem Prozent (vgl. Schaubild 5). Auf einen Anteil von über fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung wird die Zuwanderung der beiden letzten Jahre von 24,2 Prozent der Großstädte, 16,4 Prozent der Mittelstädte, 11,1 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden⁵ sowie 13,0 Prozent der Landkreise geschätzt.

⁵ Bei Kleinstädten und Gemeinden zeigen sich sehr unterschiedliche Ergebnisse: 8,8 Prozent der Kleinstädte (mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern), aber 17,9 Prozent der Gemeinden (unter 5.000 Einwohner) schätzen den Anteil von Zuwanderung an der Gesamtbevölkerung auf über fünf Prozent. Damit wäre eine größere Zahl von kleinen Gemeinden – im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung – überdurchschnittlich stark von Zuwanderung bzw. der Zuweisung von Asylbewerbern und Flüchtlingen betroffen.

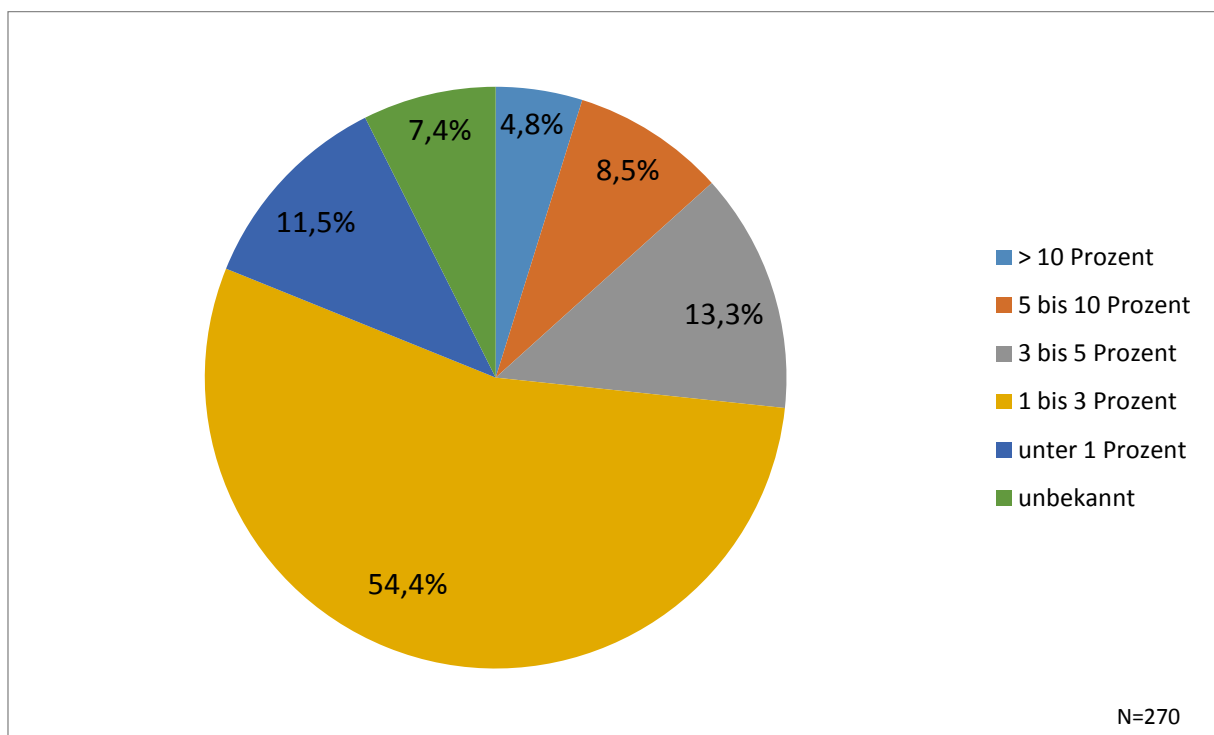
Schaubild 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den befragten Kommunen



Quelle: DESI 2016

Schaubild 5: Anteil der Neuzuwanderung an der Gesamtbevölkerung der befragten Kommunen (Schätzungen)

Frage: Wie stark ist Ihre Kommune in den letzten zwei Jahren von Zuwanderung sowie der Zuweisung von Asylsuchenden und Flüchtlingen betroffen gewesen?



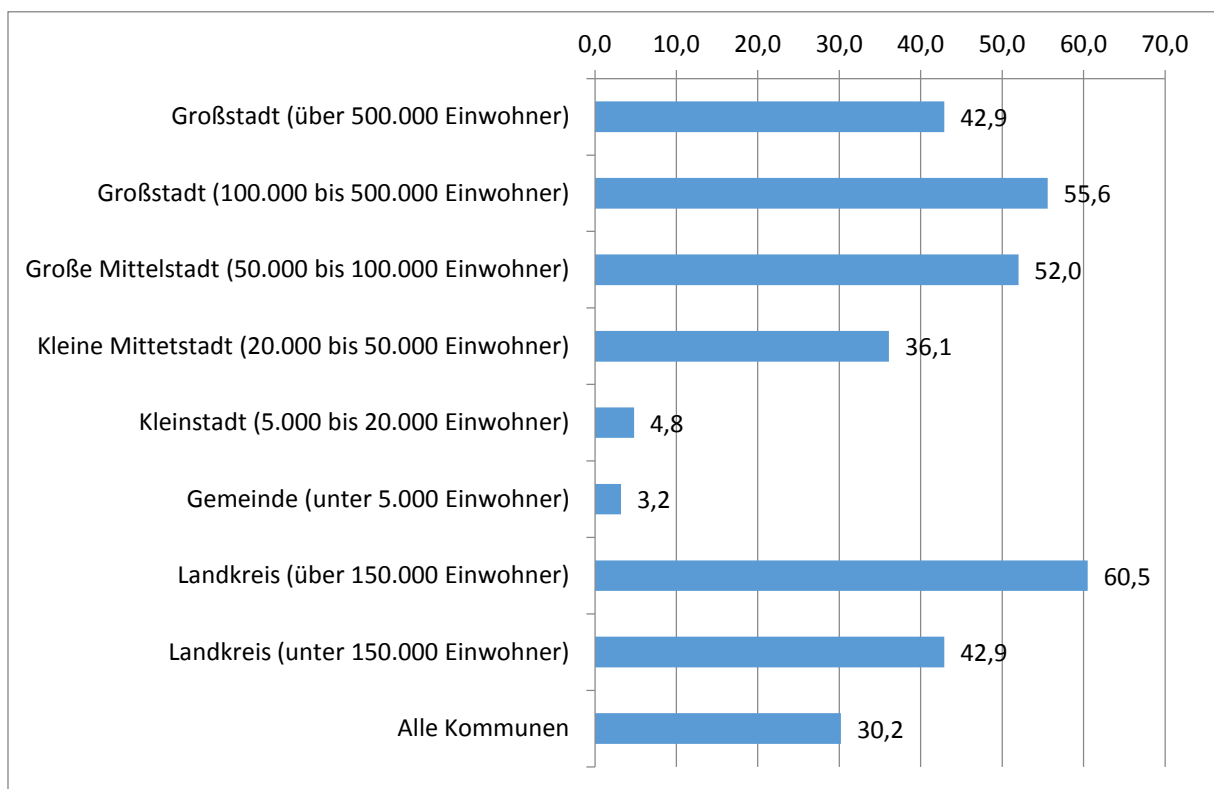
Quelle: DESI 2016

Asylsuchende werden zunächst in Ersteinrichtungen der Länder untergebracht, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden. Seit 2015 sind viele neue Erstaufnahmeeinrichtungen entstanden, so dass Kommunen in unterschiedlicher Weise von der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen betroffen sind, als Standorte von Landeserstaufnahmeeinrichtungen, als hoheitliche Aufgabenträger, die für die Anschlussunterbringung zuständig sind (zumeist Landkreise und kreisfreie Städte) sowie als kreisangehörige Gemeinden, denen von Ländern oder Landkreisen Asylsuchende zugewiesen werden. In Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen halten sich daher viele Flüchtlinge auf, deren Integration vor Ort nicht vorgesehen ist.

Eine Landesaufnahmestelle gibt es in 30 Prozent der befragten Kommunen (vgl. Schaubild 6). Allerdings differieren die Ergebnisse stark nach Gemeindegröße und Gemeindetyp: 51,4 Prozent der Großstädte, 41,9 Prozent der Mittelstädte, 4,4 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden sowie 54,2 Prozent der Landkreise geben an, dass es in ihrer Kommune eine Aufnahmestelle des Landes gibt.

Schaubild 6: Landesaufnahmestellen in den befragten Kommunen

In Prozent



N=268

Quelle: DESI 2016

3. KOMMUNALE FLÜCHTLINGSPOLITIK

3.1 Aufgaben und Herausforderungen

Die Befragten wurden gebeten, zentrale Aufgaben und Herausforderungen ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf einer fünfstufigen Antwortskala zu bewerten. Die insgesamt 15 vorgegebenen Antwortmöglichkeiten beziehen sich dabei auf die Themenfelder Unterbringung und Versorgung, Sprache und Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, Information und Einbindung der Bevölkerung,

Gewährleistung von Sicherheit sowie Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass es in den Kommunen bereits in den ersten Monaten des Jahres 2016 nicht mehr vorrangig um die Aufnahme und Erstversorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen geht, sondern integrationspolitische Herausforderungen in den Vordergrund gerückt sind. Dies zeigt sich in der Vielzahl von Handlungsfeldern, die bearbeitet werden, damit die Integration von Flüchtlingen auf mittlere Sicht gelingt. 13 von 15 Themen werden dabei von mehr als der Hälfte der Befragten als sehr wichtig oder wichtig bewertet (vgl. Schaubild 7):

Dezentrale Unterbringung, Sprache und Bildung sowie Information, Engagement und Beteiligung der Bevölkerung werden von Kommunen als zentrale Aufgaben und Herausforderungen angesehen

Sprachkursangebote (4,55), dezentrale Unterbringung in Wohnungen (4,54), Förderung und Koordination des ehrenamtlichen Engagements (4,38), Information und Einbindung der Bevölkerung (4,22) sowie die Bereitstellung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen (4,20) werden von den befragten Kommunen als am wichtigsten bewertet. Mehr als drei Viertel der Kommunen bezeichnen diese Aufgaben und Herausforderungen als sehr wichtig oder wichtig.

Es folgen Themen wie die Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt (4,09), Kompetenzfeststellung und Qualifizierung (3,81), Gewährleistung von Sicherheit (3,82), gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung (3,75) sowie die Förderung interkultureller Begegnungen (3,68), die von zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten als sehr wichtig oder wichtig eingestuft werden. Drei von vier Befragten bewerten zudem die Einstellung zusätzlichen Personals (4,08) als sehr wichtig oder wichtig.

Aufgaben wie der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (3,37), Grundversorgung (Verpflegung, Kleidung) (3,39) oder der Sorge für unbegleitete Flüchtlinge (3,66) wird dagegen von den Befragten eine eher nachgeordnete Bedeutung zugewiesen; allerdings zeigen sich hierbei große Unterschiede zwischen den befragten Kommunen.

Dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wird dagegen eine deutlich nachrangige Bedeutung zugeschrieben (3,30): Weniger als die Hälfte der Befragten bewertet die Einhegung bzw. Prävention fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Proteste als sehr wichtig oder wichtig. Allerdings zeigen sich bei dieser Frage deutliche Unterschiede nach Gemeindegrößen sowie zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern (siehe Exkurs).

Die von den Befragten als am wichtigsten bewerteten Aufgaben und Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen unterscheiden sich z.T. nach Gemeindegrößen: Für Groß- und Mittelstädte ist die Bereitstellung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen am wichtigsten, für Kleinstädte und Gemeinden die dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

Exkurs: Fremdenfeindliche Proteste in Kommunen

Die Einhegung fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Proteste bewerten weniger als die Hälfte der befragten Kommunen als eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Bei den Ergebnissen zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede nach Gemeindegrößen und nach Ländern:

- Überdurchschnittlich hohe Bewertungen der Aufgabe Einhegung von Fremdenfeindlichkeit finden sich in Großstädten (61,8 %) und in Landkreisen mit über 150.000 Einwohnern (57,9 %). Bemerkenswert ist andererseits, dass knapp 40 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden die Einhegung fremdenfeindlicher Proteste als eine (eher) unwichtige Aufgabe bewerten.
- Während in den ostdeutschen Ländern zwei Drittel der Kommunen (66,6 %) die Einhegung von Fremdenfeindlichkeit als (sehr) wichtig bezeichnen,⁶ ist dieser Anteil in den westdeutschen Ländern deutlich geringer (44,4 %). Als (eher) unwichtig wird diese Aufgabe sogar von 13,3 Prozent der Befragten in den ostdeutschen und 32,5 Prozent in den westdeutschen Ländern bewertet.⁷

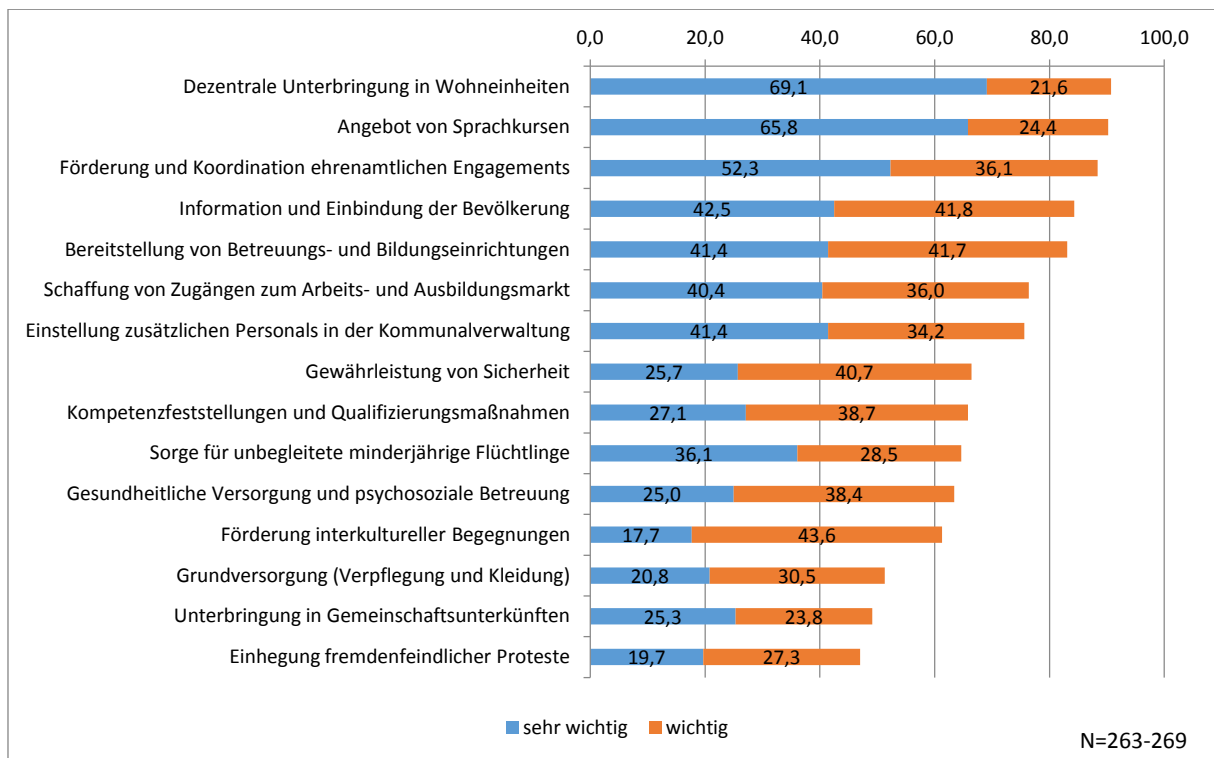
Eine überwältigende Mehrheit der Befragten zählt das starke ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung (88,4 %), aktive Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen (77,0 %) sowie eine positive Grundstimmung/Offenheit in der Bevölkerung (67,9 %) zu den wichtigsten Ressourcen ihrer Kommune für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen (sehr zutreffend/zutreffend). Das überstrahlt – im Gegensatz zu weit verbreiteten und medial verstärkten Bildern – die Herausforderung durch fremdenfeindliche Proteste deutlich!

Handlungsmöglichkeiten: Die Kommunen sollten ihre Anstrengungen fortsetzen, das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger für Flüchtlinge zu stärken, lokale Initiativen für Vielfalt und Toleranz zu fördern sowie fremdenfeindlichen Protesten entgegenzuwirken. Von zentraler Bedeutung wird es sein, das überwältigende Engagement in der Bevölkerung für Flüchtlinge zu begleiten, zu qualifizieren und zu koordinieren sowie mittel- und langfristig auch für weitere kommunale Handlungsfelder zu erschließen. Offenheit und Engagement der Bevölkerung können von den Kommunen genutzt werden, um gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern ein neues, vielfältiges Verständnis von örtlicher Gemeinschaft zu entwickeln.

⁶ Da Ostdeutschland mit nur 30 Kommunen in dieser Studie deutlich unterrepräsentiert ist, kann allenfalls von einem Trend gesprochen werden.

⁷ In der Allensbach-Befragung berichten Kommunen – neben großer Hilfsbereitschaft – auch von offener Ablehnung gegenüber Flüchtlingen. In Ostdeutschland sind es 69 Prozent der Kommunen, in Westdeutschland nur 23 Prozent. Auch die sozialräumlichen Unterschiede sind erheblich: 28 Prozent der kreisfreien Großstädte berichten von offener Ablehnung, bei den ländlichen Kreisen sind es 43 Prozent (Allensbach 2016: 44).

Schaubild 7: Zentrale Aufgaben der Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen



Quelle: DESI 2016

3.2 Ressourcen

Die Kommunen verfügen über wichtige Kompetenzen und Ressourcen, auf die sie bei der eigenverantwortlichen Regelung ihrer lokalen Angelegenheiten zurückgreifen können. Mit der Umfrage wurde erhoben, wo die Verantwortlichen in den Kommunen die wichtigsten Ressourcen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen sehen. Die insgesamt zwölf Antwortmöglichkeiten beziehen sich auf drei Ressourcenbündel:

- die Bürgerinnen und Bürger (starkes freiwilliges Engagement, aktive Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, Engagement und Offenheit von Vereinen, positive Grundstimmung/Offenheit in der Bevölkerung);
- die Kommunalverwaltung und die lokale Kooperationskultur (gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune, Koordination des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung, Willkommenskultur/Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Kommunales Konzept zur Integration von Migranten und Flüchtlingen) sowie
- Kontextfaktoren (gut ausgestattete Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen, zugewanderungsfreundliche Unternehmen, günstige Arbeitsmarktsituation, entspannter Wohnungsmarkt).

Bürgerschaftliches Engagement als zentrale Ressource in Kommunen

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass das starke ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung (4,39), aktive Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen (3,90), Engagement und Offenheit von Vereinen (3,90) sowie eine positive Grundstimmung/Offenheit in der Bevölkerung (3,87) die zentralen Ressourcen in Kommunen zur Bewältigung der mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen sind. Die eindrucksvolle Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität, scheint daher auch Anfang 2016 ungebrochen zu sein. Diese Ergebnisse widersprechen weit verbreit-

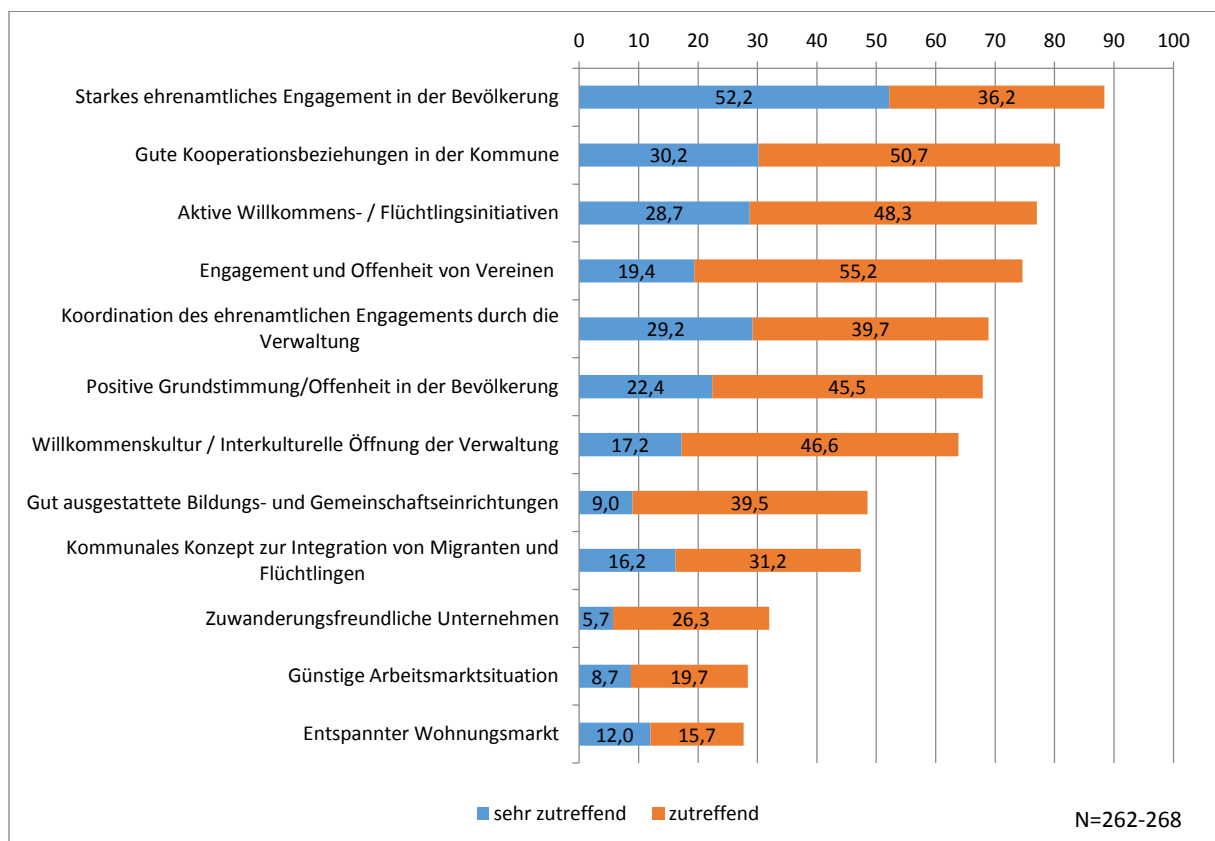
teten Einschätzungen, wonach das spontane Engagement bereits im letzten Herbst abgeebbt sei. Sie zeigen, dass mit der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen Engagementpotenziale in der lokalen Bevölkerung aktiviert worden sind, die die künftige Entwicklung vor Ort nachhaltig prägen können.⁸

Integration von Flüchtlingen als lokale Gemeinschaftsaufgabe

Gute Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (4,07), Koordination des ehrenamtlichen Engagements (3,85) sowie Willkommenskultur und interkulturelle Öffnung (3,72) gehören zu einem zweiten Bündel von Ressourcen, die sich auf das Handeln der Verwaltung beziehen. Mit der Flüchtlings- und Integrationspolitik beginnt sich offensichtlich ein lokales Handlungsfeld zu entwickeln, das auf produktive Kooperationsbeziehungen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort setzt und die Einbindung der Bevölkerung insgesamt als wichtige Gestaltungsaufgabe kommunaler Integrationspolitik ansieht.⁹

Schaubild 8: Ressourcen in den Kommunen

Frage: Wo sehen Sie die wichtigsten Ressourcen Ihrer Kommune für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?



Quelle: DESI 2016

Arbeits- und Wohnungsmarkt als Ressourcen für die Flüchtlingspolitik

Kontextfaktoren wie gut ausgestattete Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen (3,41), zuwanderungsfreundliche Unternehmen (3,16), eine günstige Arbeitsmarktsituation (2,85) sowie ein ent-

⁸ Die überragende Bedeutung der Ressource bürgerschaftliches Engagement wird auch in anderen Studien bestätigt (vgl. Allensbach 2016: 38; Kienbaum 2016: 8; Speth/Becker 2016: 4; vhw 2016: 11).

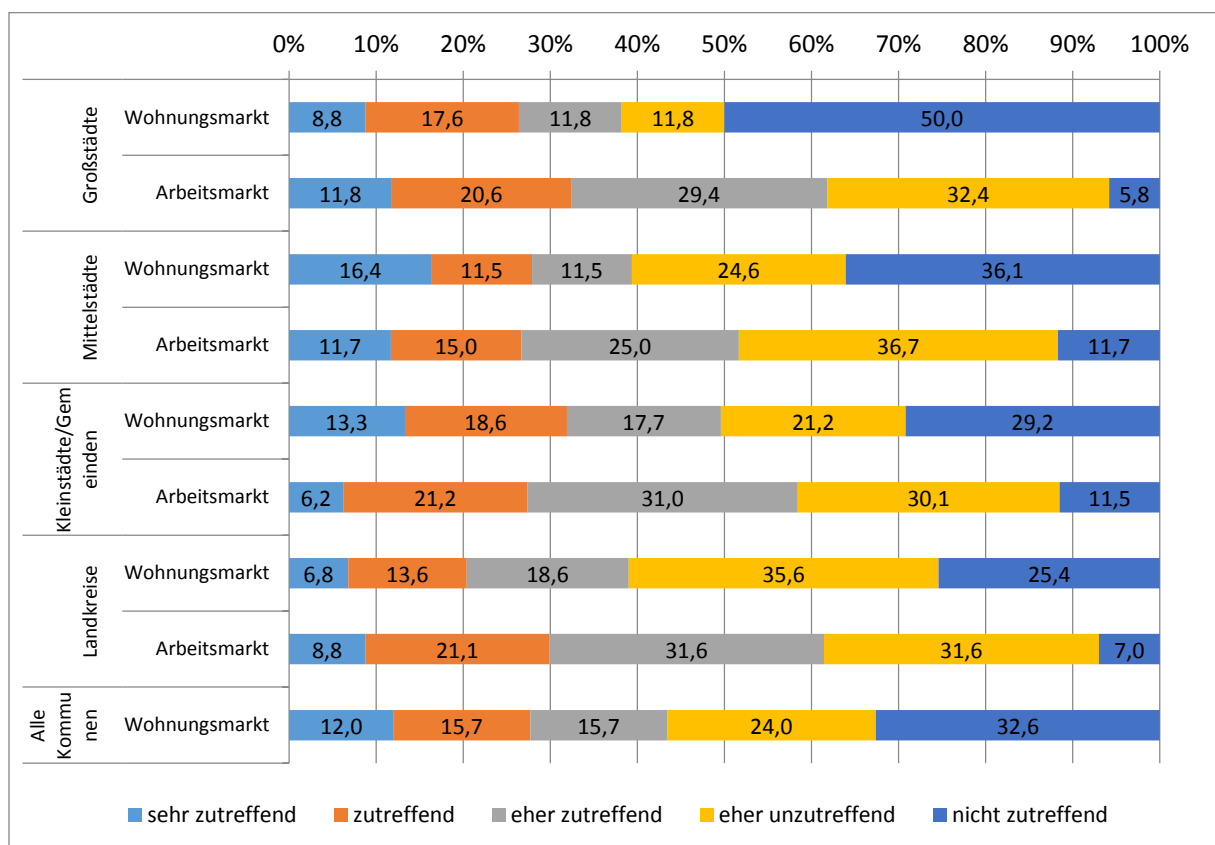
⁹ Die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wird von Kommunen auch in der vhw-Studie – über alle Ortsgrößen hinweg – als wichtige Handlungsstrategie hervorgehoben (vhw 2016: 12).

spannter Wohnungsmarkt (2,51) werden von den Befragten insgesamt eher als nachrangig bewertet. Trotzdem ist bemerkenswert, dass gut ein Viertel bzw. knapp zwei Drittel der Befragten eine günstige Arbeitsmarktsituation und einen entspannten Wohnungsmarkt eindeutig zu den Ressourcen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zählen (sehr zutreffend/zutreffend: 28,4 % bzw. 32,1 %). Das gilt beim Arbeitsmarkt vor allem für Landkreise über 150.000 Einwohner (37,8 %), Gemeinden unter 5.000 Einwohner (35,5 %) und Großstädte (32,4 %) sowie beim Wohnungsmarkt für Gemeinden unter 5.000 Einwohner (43,3 %) und Landkreise unter 150.000 Einwohner (33,3 %). Während in Großstädten die Arbeitsmarktsituation vergleichsweise günstig ist, ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt sehr angespannt. Gemeinden unter 5.000 Einwohner berichten demgegenüber überdurchschnittlich häufig sowohl über einen entspannten Wohnungsmarkt als auch eine günstige Arbeitsmarktsituation. Das deutet darauf hin, dass es insbesondere in kleinen Gemeinden ländlicher Regionen bislang noch nicht ausgeschöpfte Potenziale gibt.

Schaubild 9: Ressourcen in Kommunen: Wohnungsmarkt und Arbeitsmarktsituation

Frage: Wo sehen Sie die wichtigsten Ressourcen Ihrer Kommune für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

Merkmale: Günstige Arbeitsmarktsituation und entspannter Wohnungsmarkt



N=264+267

DESI 2016

3.3 Unterstützungsbedarfe

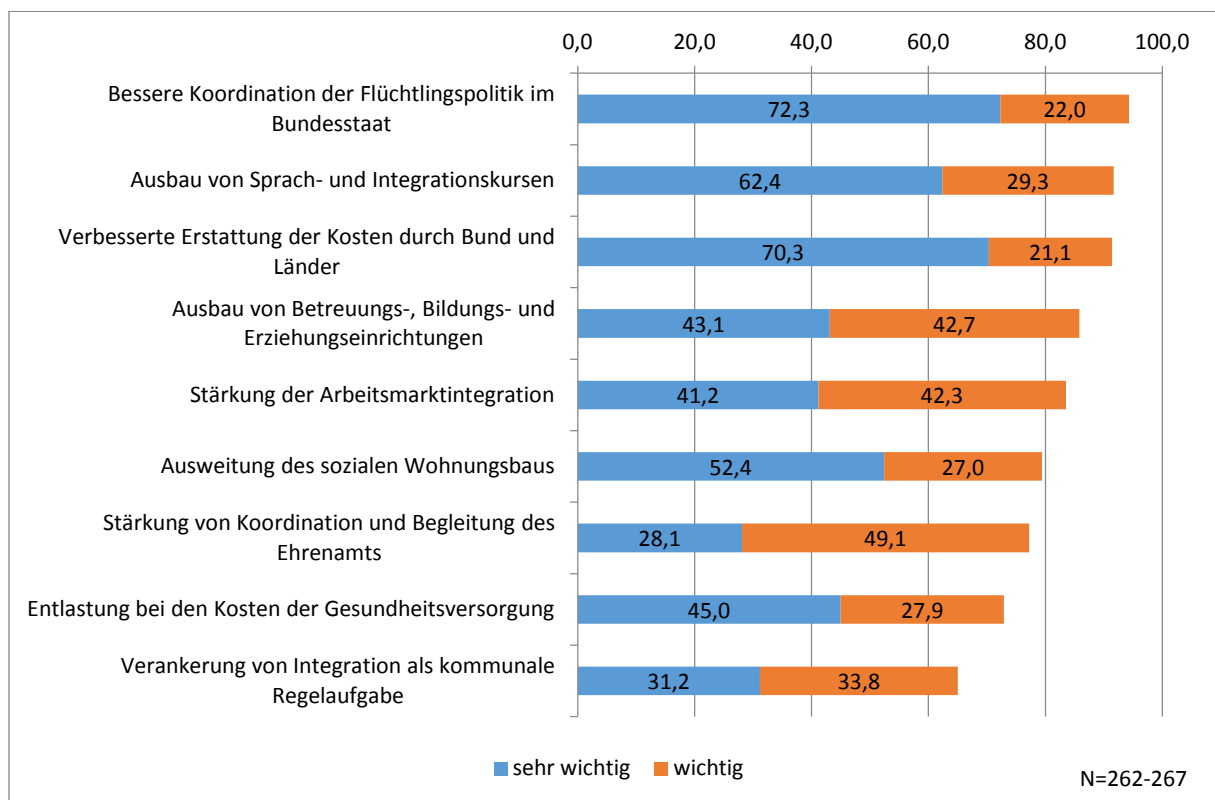
Die befragten Kommunen erkennen insgesamt einen hohen Unterstützungsbedarf bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in allen abgefragten Bereichen. Besondere Unterstützungsbedarfe werden vor allem in der besseren Koordination der Flüchtlingspolitik durch Bund, Länder und Kom-

munen (4,65), in einer verbesserten Erstattung der Kosten durch die Länder (4,60) sowie im Ausbau von Sprach- und Integrationskursen gesehen (4,53). Jeweils mehr als 90 Prozent der Befragten halten diese Handlungsfelder für sehr wichtig oder wichtig. Es folgen der Ausbau von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen (4,26), die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus (4,20) sowie die Stärkung von Koordination und Begleitung des Ehrenamts (4,00), die von drei Viertel und mehr der Befragten entsprechend bewertet werden.¹⁰

Bei den Unterstützungsbedarfen zeigen sich einige deutliche Differenzen nach Gemeindegröße. Eine bessere Koordination der Flüchtlingspolitik zwischen Bund, Land und Kommune sowie eine verbesserte Erstattung der Kosten durch die Länder werden von 85 bis über 90 Prozent der Großstädte und Mittelstädte besonders hervorgehoben. Eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Stärkung der Arbeitsmarktintegration sind vor allem für Großstädte wichtig (jeweils 97,0 % der Befragten bewerten sie als sehr wichtig oder wichtig).

Immerhin 65 Prozent der Befragten halten die Verankerung von Integration als kommunale Regelaufgabe für sehr wichtig oder wichtig. Die Zustimmung nimmt dabei mit der Gemeindegröße zu: 79,1 Prozent der Großstädte und 72,9 Prozent der Landkreise bewerten diesen Institutionalisierungsschritt als wichtig oder sehr wichtig.

Schaubild 10: Besondere Unterstützungsbedarfe von Kommunen



Quelle: DESI 2016

¹⁰ Eine bessere Kommunikation und Abstimmung zwischen den politischen Ebenen sowie eine stärkere Entlastung bei den Kosten fordern auch Kommunen in der Kienbaum-Befragung (Kienbaum 2016: 22). Allensbach macht um die Jahreswende 2015/16 auf eine weitere föderale Herausforderung aufmerksam, die sich aus der Mobilität der Zugewanderten ergibt: Während sich westdeutsche Kommunen und insbesondere die großen Städte, vielfach auf einen starken Zuzug einstellen, gehen ostdeutsche Länder und ländliche Kommunen überwiegend davon aus, dass viele der Flüchtlinge ihre Region wieder verlassen werden (Allensbach 2016: 64f.).

4. BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT ALS ZENTRALE KOMMUNALE RESSOURCE

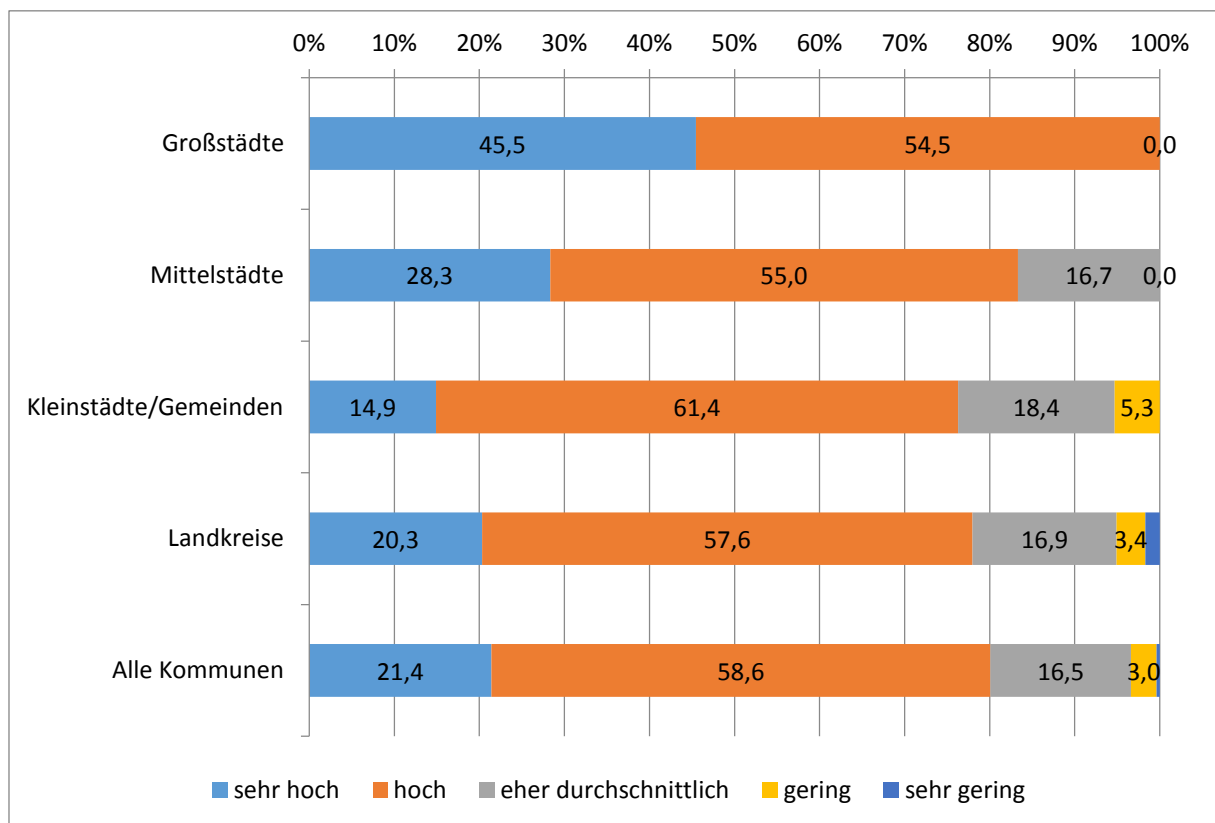
4.1 Bürgerschaftliches Engagement für, mit und von Flüchtlingen

Hohes bis sehr hohes Engagement für Flüchtlinge in Städten, Landkreisen und Gemeinden

80 Prozent der Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik bewerten das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung als sehr hoch oder hoch. Bemerkenswert ist dabei, dass das Engagement über alle Gemeindegrößen hinweg vergleichbar intensiv zu sein scheint. Zwar wird es in Großstädten und Mittelstädten am höchsten bewertet, aber selbst drei von vier Kleinstädten und Gemeinden schätzen es als sehr hoch oder hoch ein (vgl. Schaubild 11). Als sehr hoch wird das Engagement vor allem von Großstädten über 500.000 Einwohnern (42,9 %) und kleinen Mittelstädten (30,6 %) wahrgenommen. Nur 3,4 Prozent der Kommunen bewerten das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung als sehr gering oder gering.

Schaubild 11: Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung

Frage: Wie bewerten Sie das Engagement für Flüchtlinge in der Bevölkerung?



N=266

Quelle: DESI 2016

Besonders hohes Engagement bei Erwachsenen sowie bei Seniorinnen und Senioren

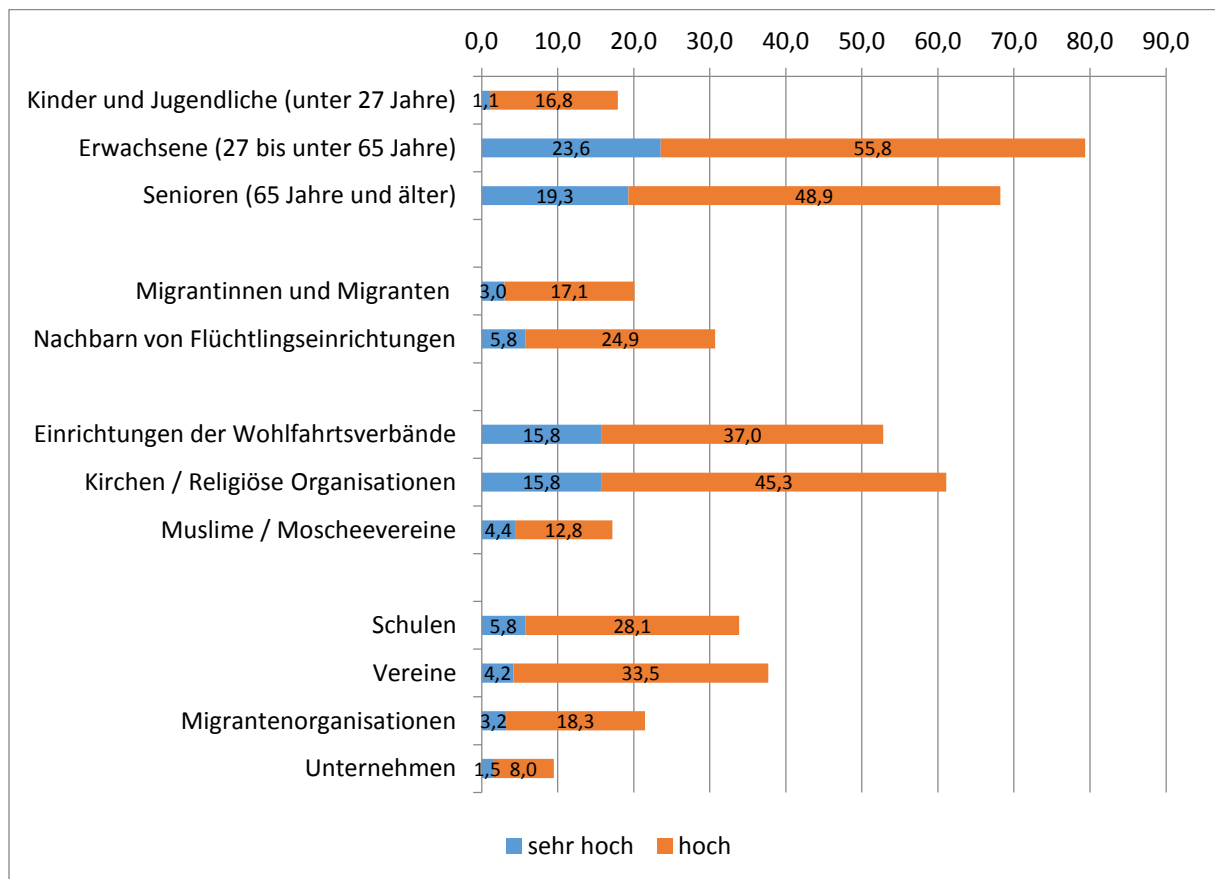
Mit der Umfrage wurde zudem erhoben, wie die Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik das Engagement verschiedener Bevölkerungsgruppen und Organisationstypen bewerten. Am höchsten wird dabei das Engagement von Erwachsenen (4,01) sowie von Seniorinnen und Senioren (3,78) bewertet; die Mittelwerte für Nachbarn von Flüchtlingseinrichtungen (2,95), Migrantinnen und Migranten (2,79) sowie Kinder und Jugendliche (2,63) fallen deutlich niedriger aus. Es fällt auf, dass das Engagement von Personengruppen höher als das von Organisationstypen be-

wertet wird, das könnte ein Hinweis auf das häufig spontane und ungebundene Engagement dieser Freiwilligen in neu entstandenen Flüchtlings- und Willkommensinitiativen sein.

Bei den Organisationstypen wird das Engagement von Kirchen/religiösen Organisationen (3,62), Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände (3,45), Vereinen (3,30) und Schulen (3,10) am höchsten bewertet, gefolgt – mit deutlichem Abstand – von Unternehmen (2,62), Migrantenorganisationen (2,42) und Muslimen/Moscheevereinen (2,26). Ein sehr hohes oder hohes Engagement attestieren die befragten Kommunen Kirchen/Religiösen Organisationen (61,1 %) und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände (52,8 %). Vergleichsweise niedrig sind die Werte für Migrantenorganisationen (21,5 %), Muslime/Moscheevereine (17,2 %) und Unternehmen (9,5 %). Etwas überraschend sind vor allem die vergleichsweise hohen Werte für Kirchen und religiöse Organisationen sowie die sehr niedrigen Werte für Unternehmen.¹¹

Schaubild 12: Ehrenamtliches Engagement in der Bevölkerung nach ausgewählten Merkmalen

Frage: Wer engagiert sich in Ihrer Kommune ehrenamtlich für Flüchtlinge?



N=250-266

DESI 2016

¹¹ In der vhw-Studie verweisen 83,4 Prozent der befragten Kommunen auf ein aktives ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge; die Befragten berichten von neu gegründeten Flüchtlingsinitiativen (73,4 %), aber auch Kirchen (74,4 %), alteingesessene Initiative (64,3 %), soziale Trägern und Wohlfahrtsverbände (64,3 %) sind in der Flüchtlingshilfe aktiv. Während ehrenamtlich tätige Einzelpersonen, Kirchen, neue und alteingesessene Initiativen in allen Ortsgrößen stark vertreten sind, nimmt das Engagement von sozialen Trägern und Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen und ihren Verbänden, Moscheevereinen und Migrantenorganisationen mit der Gemeindegröße deutlich zu (vhw 2016: 11).

Bei der Streuung der Werte nach den abgefragten Merkmalen zeigen sich große Unterschiede nach Gemeindegrößen, z.B. bei Kindern und Jugendlichen, Nachbarn von Flüchtlingseinrichtungen, Migrantinnen und Migranten, Migrantenorganisationen, Kirchen/Religiösen Organisationen, Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände und Unternehmen. Bei diesen Bevölkerungsgruppen und Organisationstypen liegen die Engagementwerte in Groß- und Mittelstädten deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt.

Exkurs: Engagement von Migrantinnen und Migranten für Flüchtlinge

Das Engagement von Migrantinnen und Migranten für Flüchtlinge wird von den Kommunen überwiegend als eher durchschnittlich (43,0 %) oder (sehr) gering (36,9 %) bewertet. Nur jede fünfte Befragte stuft es als sehr hoch oder hoch ein (20,1 %). Vergleichsweise niedrig sind auch sehr hohe / hohe Engagementwerte von Migrantenorganisationen (21,5 %) sowie Muslime/Moscheevereine (17,2 %) (vgl. auch Schaubild 12).¹²

Das von den Befragten wahrgenommene Engagement von Migrantinnen und Migranten wird sehr stark von der Gemeindegröße beeinflusst: Je größer die Kommune, desto höher wird das Engagement von Migrantinnen und Migranten bewertet. Während 42,9 Prozent der befragten Großstädte ihr Engagement als sehr hoch oder hoch bewerten, sind die Werte in großen Mittelstädten (26,9 %), kleinen Mittelstädten (11,1 %), Kleinstädten (15,7 %), Gemeinden (9,7 %) sowie Landkreisen (18,6 %) sehr viel niedriger. Ein sehr geringes oder geringes Engagement wird Migrantinnen und Migranten vor allem von Kleinstädten und Mittelstädten zugeschrieben (41,2 % bzw. 33,9 %).

Mögliche Erklärungsfaktoren für die Wahrnehmung eines eher geringen Engagements von Migrantinnen und Migranten in kleinen Kommunen sind ein relativ niedriger Bevölkerungsanteil, die geringe Sichtbarkeit des Engagements, ein geringerer Grad der Selbstorganisation, eine wenig entwickelte Praxis der Förderung von Migrantenselbstorganisationen sowie die fehlende Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die kommunale Integrationspolitik.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Kommunen, die das Engagement von Migrantinnen und Migranten für Flüchtlinge als sehr hoch oder hoch einstufen, vielfach auch der Förderung von Migrantenorganisationen eine sehr hohe oder hohe Bedeutung zuweisen. Insgesamt 21,9 Prozent der Befragten bezeichnen die kommunale Förderung von Migrantenorganisationen als sehr wichtig oder wichtig für die Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migranten. Dabei zeigen sich erneut ausgeprägte Unterschiede nach Gemeindegrößen, die den Werten für das Engagement von Migrantinnen und Migranten ähneln: Großstädte (51,5 %); große und kleine Mittelstädte (33,3 % bzw. 9,7 %); Kleinstädte (10,1 %); Gemeinden (18,5 %); Landkreise (21,9 %).

Handlungsmöglichkeiten: Die Kommunen sollten verschiedene Formen zur Förderung des Engagements von Migrantinnen und Migranten nutzen. Entwicklungsmöglichkeiten zeigen sich insbesondere bei der interkulturellen Öffnung von Vereinen und der Förderung von Migrantenorganisationen. Insbesondere kleinere Kommunen könnten die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten stärker fördern.

¹² Zum Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in der Flüchtlingshilfe liegen widersprüchliche Ergebnisse vor: Während eine Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den Ehrenamtlichen findet (Karakayali/Kleist 2015: 4f.), ist ihr Anteil an den Engagierten in München im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil unterdurchschnittlich (Mutz et al. 2015: 14).

4.2 Kommunale Anstrengungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

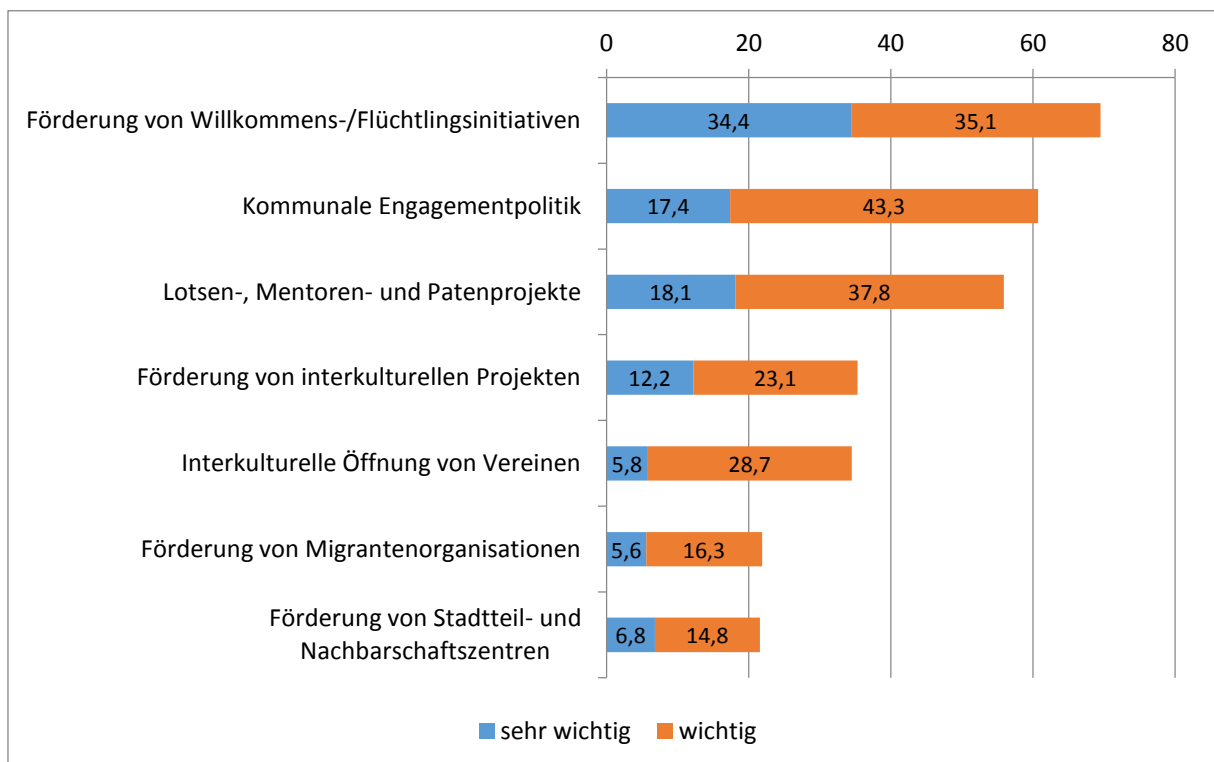
Die Anregung, Begleitung und Unterstützung freiwilligen Engagements sind eine wesentliche Ressource für Städte, Landkreise und Gemeinden für die Gestaltung des lokalen Zusammenlebens. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Förderung von Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen (3,94), die kommunale Engagementpolitik (3,60) sowie Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekte (3,48) von den Befragten als die wichtigsten Anstrengungen für die Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migranten bewertet werden (jeweils mehr als die Hälfte bzw. über zwei Drittel der Befragten bezeichnen sie als sehr wichtig oder wichtig).

Bei den Antworten zu den Anstrengungen der Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements für, mit und von Migranten zeigen sich in einigen Bereichen Gemeinsamkeiten, in anderen aber große Unterschiede zwischen den Gemeindetypen: Für Großstädte ist die kommunale Engagementpolitik am wichtigsten (78,1 %), für Mittelstädte die Förderung von Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekte (70,7 %) sowie von Willkommen- und Flüchtlingsinitiativen (68,3 %), für Landkreise und Gemeinden unter 5.000 Einwohner die Förderung von Willkommens-/Freiwilligeninitiativen (72,4 % und 69,4 %).

Schaubild 13: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Kommunen

Frage: Welche Anstrengungen Ihrer Kommune waren für die Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migrantinnen und Migranten von Bedeutung?

In Prozent



Quelle: DESI 2016

5. KOMMUNALE INTEGRATIONSPOLITIK

5.1 Integration als kommunale Aufgabe

Kommunen messen der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte eine hohe Bedeutung bei

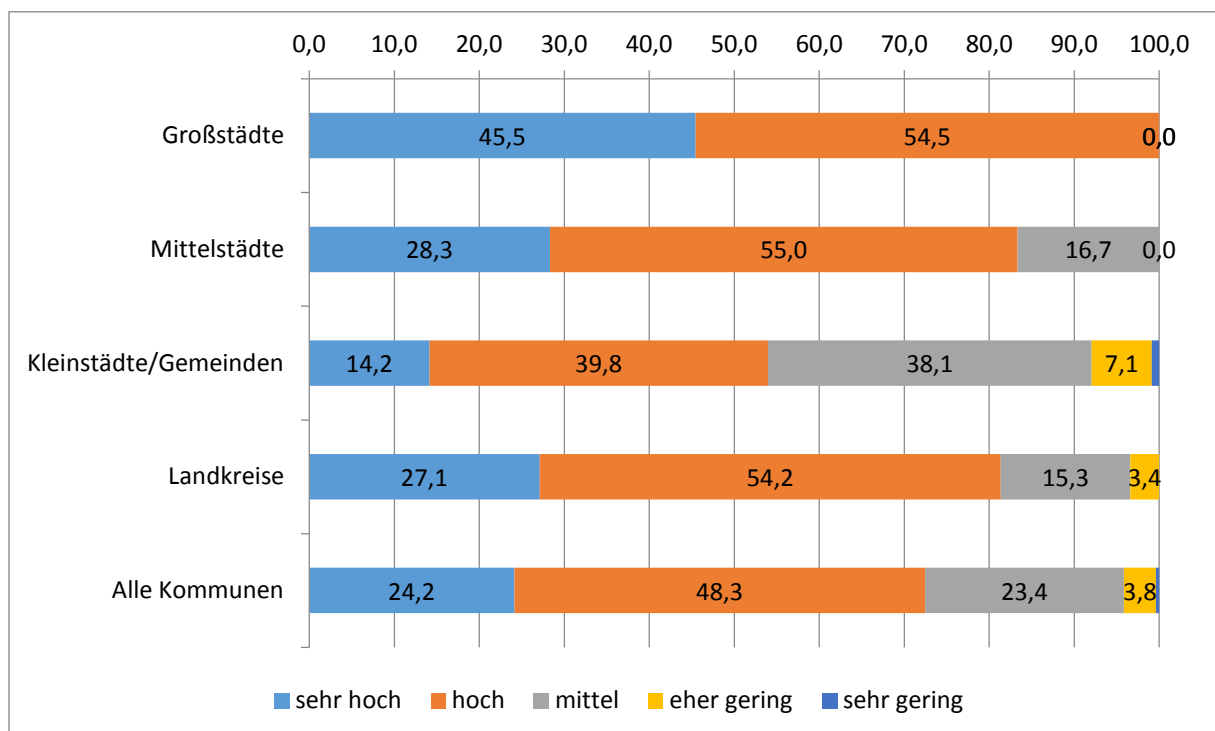
Ein knappes Viertel der Städte, Landkreise und Gemeinden (24,2 %) weist der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung zu, fast die Hälfte (48,3 %) immerhin eine hohe Bedeutung, d.h. in fast drei Viertel der befragten Kommunen (72,5 %) ist Integration zu einem bedeutenden Politikfeld geworden. Nur für jede 24. Kommune ist die Aufgabe der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund noch von eher geringer oder sehr geringer kommunalpolitischer Bedeutung (siehe auch Schaubild 14; Tabelle 1).

Der Stellenwert der kommunalen Integrationspolitik hängt vor allem mit der Größe der Gemeinde und dem Anteil der Personen mit Zuwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung zusammen (siehe auch Gesemann et al. 2012): Die kommunalpolitische Bedeutung von Integration wird beispielsweise von 45,5 Prozent der Großstädte, 36,9 Prozent der großen Mittelstädte, 22,9 Prozent der kleinen Mittelstädte, 14,2 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden sowie 27,1 Prozent der Landkreise als sehr hoch bewertet.

Schaubild 14: Kommunalpolitische Bedeutung von Integrationspolitik nach Gemeindegrößen 2016

Frage: Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?

Antworten in Prozent



Quelle: DESI 2016

Integration hat in Klein- und Mittelstädten sowie in Landkreisen deutlich an Bedeutung gewonnen

Ein Vergleich der Ergebnisse der Befragung von 2016 mit denen von 2011 zeigt zum einen bemerkenswerte Übereinstimmungen bei den Werten für die kommunalpolitische Bedeutung von Integration, zum anderen aber auch deutliche Zugewinne bei Mittel- und Kleinstädten sowie Landkreisen (siehe Tabelle 1). Besonders bemerkenswert ist, dass Integration inzwischen auch in vielen Kleinstädten und Gemeinden als wichtiges Politikfeld wahrgenommen wird: 61,0 Prozent der Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner) und 35,5 Prozent der Gemeinden (unter 5.000 Einwohner) messen der Integrationsaufgabe eine sehr hohe oder hohe kommunalpolitische Bedeutung bei.

Tabelle 1: Bedeutung von Integration in der Kommune

Frage: Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?

	Kommunalpolitische Bedeutung von Integration									
	sehr hoch		hoch		mittel		eher gering		sehr gering	
	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011
Großstädte	45,5	46,2	54,5	52,3	0,0	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Mittelstädte	28,3	16,2	55,0	50,0	16,7	27,0	0,0	6,8	0,0	0,0
Kleinstädte	14,6	11,6	46,3	37,2	29,3	14,0	8,5	30,2	7,1	7,0
Gemeinden	12,9		22,6		61,3		3,2		0,0	
Landkreise	27,1	15,2	54,2	47,8	15,3	34,8	3,4	2,2	0,0	0,0
Gesamt	24,2	23,7	48,3	47,8	23,4	18,9	3,8	8,3	0,4	1,3

2016: N=265; 2011: N=228

Anmerkung: Gelb unterlegt sind Kategorien mit starken Zugewinnen im Zeitraum 2011 bis 2016.

Quelle: DESI 2016; 2011

Sorgen vor den Folgen einer mangelnden Integration überlagern Anfang 2016 Hoffnungen auf eine Verbesserung kommunaler Zukunftsperspektiven

Von den Befragten, die der Integrationsarbeit in ihrer Kommune eine sehr hohe oder hohe Bedeutung zuweisen, wird die Prävention von Konflikten am häufigsten genannt. 81,5 Prozent halten diesen Grund für sehr wichtig oder wichtig. Es folgen mit einigem Abstand die Kosten mangelnder Integration (70,4 %), die demografische Entwicklung (66,5 %), die Verbesserung kommunaler Zukunftsperspektiven (64,0 %) und die hohe Zuwanderung (62,6 %). Eine dritte Gruppe bilden sozialräumliche Problemlagen (49,2 %), unausgeschöpfte Potenziale von Zugewanderten (47,7 %) und der Mangel an Fachkräften (46,4 %) (siehe auch Schaubild 15; Tabelle 2).

Bemerkenswert erscheint angesichts der öffentlichen Diskussion, dass dem Mangel an Fachkräften von den Befragten eine eher nachgeordnete Bedeutung zugeschrieben wird und die demografische Entwicklung mit dem prognostizierten Rückgang und der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung als deutlich wichtiger erscheint.

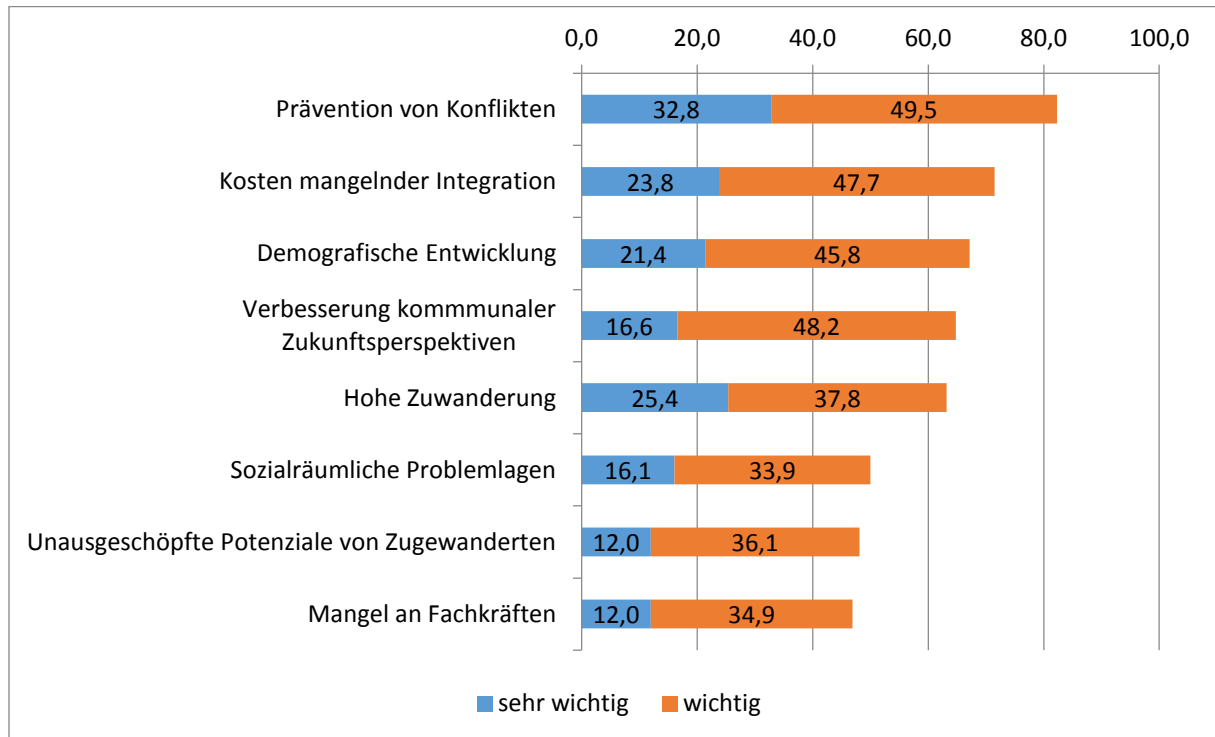
Bei den Gründen für eine sehr hohe oder hohe Bedeutung von Integrationsarbeit zeigen sich – fast ausnahmslos – deutlich höhere Werte bei Großstädten, großen Mittelstädten und Landkreisen als bei kleineren Kommunen. Der demografischen Entwicklung und dem Mangel an Fachkräften werden von Großstädten und Landkreisen eine weit überdurchschnittliche Bedeutung zugeschrieben. Für Landkreise mit weniger als 150.000 Einwohnern wird die demografische Entwicklung als wichtigster Grund überhaupt genannt (93,3 % der Befragten bewerten ihn als sehr wichtig oder wichtig).

Die Verbesserung kommunaler Zukunftsperspektiven, die knapp zwei Drittel der Befragten – insbesondere angesichts des demografischen Wandels – als (sehr) wichtigen Grund für eine (sehr) hohe Bedeutung von Integrationsarbeit in ihrer Kommune nennen, wird Anfang 2016 von der Sorge vor den möglichen Folgen einer mangelnden Integration von Migrantinnen und Migranten (Konflikte, Kosten) überlagert.

Schaubild 15: Gründe für eine sehr hohe bzw. hohe Bedeutung von Integration in der Kommune

Frage: Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine hohe oder sehr hohe Bedeutung beigemessen wird, welche Gründe sind hierfür vor allem verantwortlich?

sehr wichtig/wichtig (in Prozent)



Quelle: DESI 2016; 2011

Der Vergleich der Befragungsergebnisse von 2016 und 2011 zeigt, dass die Aufgaben und Herausforderungen, die Städte, Landkreise und Gemeinden angesichts des enormen Zustroms von Asylsuchenden und Flüchtlingen seit dem Sommer 2015 bewältigen müssen, zu einem deutlichen Wandel der Gründe für eine (sehr) hohe Bedeutungszuweisung der kommunalen Integrationsarbeit geführt hat. Die Sorgen vor möglichen Konflikten und den Kosten einer mangelnden Integration haben insgesamt deutlich zugenommen, während die Erschließung nicht ausgeschöpfter Potenziale von Migrantinnen und Migranten stark in den Hintergrund getreten ist. Vergleichsweise hoch sind die Werte für die demografische Entwicklung – trotz der aktuellen Zuwanderung – nachwievor in Landkreisen sowie Kleinstädten und Gemeinden (siehe auch Tabelle 2).

Tabelle 2: Gründe für eine sehr hohe oder hohe Bedeutung von Integrationsarbeit in der Kommune nach Gemeindegröße und Jahren in Prozent (Mehrfachnennungen)

Frage: Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine hohe oder sehr hohe Bedeutung beigemessen wird, welche Gründe sind hierfür vor allem verantwortlich?

	Großstädte		Mittelstädte		Kleinstädte/ Gemeinden*		Landkreise		Alle Kommunen	
	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011
Prävention von Konflikten	87,9	59,4	84,0	34,7	78,0	47,6	83,3	51,7	82,3	60,1
Kosten mangelnder Integration	73,5	59,4	72,0	34,7	64,0	47,6	81,3	51,7	71,5	49,1
Demografische Entwicklung	76,5	84,4	59,2	71,4	60,8	66,7	78,7	82,8	67,1	77,9
Kommunale Zukunftsperspektiven	75,8		58,3		47,1		75,0		64,8	
Hohe Zuwanderung	82,4		58,0		56,0		66,7		63,2	
Sozialräumliche Problemlagen	75,8	56,3	54,0	57,1	38,0	47,6	43,8	20,7	50,0	49,1
Unausgeschöpfte Potenziale	66,7	89,1	48,0	65,3	26,5	52,4	60,4	86,2	46,5	76,7
Mangel an Fachkräften	54,5		34,0		35,3		70,2		46,9	
Soziale Ungleichheit		43,8		32,7		47,6		17,2		36,2

* Kleinstädte und Gemeinden (über 5.000 Einwohner)

2016: N=191-193; 2011: N=163

Anmerkung: Gelb unterlegt sind die jeweils zwei höchsten Werte.

Quelle: DESI 2016; DESI 2011

5.2 Vernetzung in der kommunalen Integrationsarbeit

Grad der Vernetzung in Kommunen ist überwiegend gut, bietet aber noch Entwicklungsmöglichkeiten

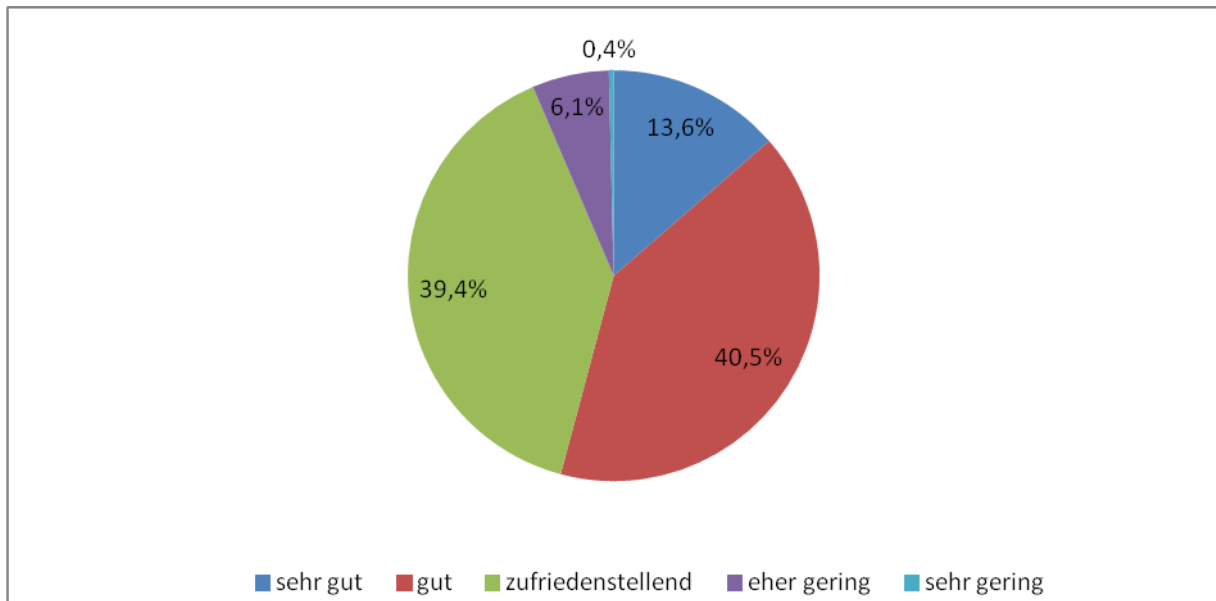
Die Vernetzung aller relevanten Akteure gehört zu den Schlüsselementen einer erfolgreichen kommunalen Integrationspolitik. Von daher ist es erfreulich, dass mehr als die Hälfte der Kommunen den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit als sehr gut oder gut bezeichnen; vier von zehn Befragten bewerten ihn immerhin noch als zufriedenstellend und nur jeder Sechzehnte als eher gering. Am besten bewertet wird die Vernetzung in der kommunalen Integrationsarbeit von Befragten in großen Mittelstädten und Großstädten: Drei von vier Befragten bezeichnen ihn als sehr gut oder gut. In Kleinstädten und Gemeinden unter 5.000 EinwohnerInnen wird der Grad der Vernetzung dagegen von jeder achten Kommune als gering oder sehr gering bezeichnet (siehe auch Schaubild 16; Tabelle 3).¹³

¹³ Die Bedeutung von Vernetzung in der kommunalen Integrations- und Flüchtlingsarbeit belegen auch andere Studien: Fast 80 Prozent der vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung befragten Kommunen wollen die Kooperation mit Netzwerken und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren stärken (vhw 2016: 2).

Schaubild 16: Grad der Vernetzung in den Kommunen nach Gemeindegrößen

Der Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit ist...

Angaben in Prozent



N=264

Quelle: DESI 2016

Der Vergleich der Ergebnisse von 2016 mit denen von 2011 zeigt z. T. gegenläufige Entwicklungen in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen. Während die Anteile der Befragten, die den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure als sehr gut bezeichnen, in allen Kommunen unabhängig von ihrer Größe gestiegen ist, ist bei Großstädten und Landkreisen eine Zunahme in der Kategorie zufriedenstellend zuungunsten von gut feststellen. Die deutlichsten Verbesserungen beim Vernetzungsgrad werden von Kleinstädten und Gemeinden berichtet, wo sich der Anteil der Befragten, die diesen mit sehr gut oder gut bewerten, von 2011 bis 2016 nahezu verdoppelt hat (vgl. Tabelle 2). Wenngleich der Vernetzungsgrad in der kommunalen Integrations- und Flüchtlingsarbeit von den Befragten überwiegend mit gut oder zufriedenstellend bewertet wird, zeigen sich in diesem Handlungsfeld noch deutliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Tabelle 3: Grad der Vernetzung in der kommunalen Integrationsarbeit nach Gemeindegrößen

Der Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit ist...

Angaben in Prozent

	Großstädte		Mittelstädte		Kleinstädte/ Gemeinden*		Landkreise		Alle Kommunen	
	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011
Sehr gut	23,5	13,8	13,6	9,5	12,0	5,0	13,8	13,0	13,6	10,7
Gut	47,1	66,2	49,2	43,2	37,3	20,0	39,7	45,7	40,5	46,2
Zufriedenstellend	29,4	16,9	37,3	33,8	37,3	50,0	43,1	21,7	39,4	29,3
Eher gering	0,0	3,1	0,0	12,2	13,3	17,5	3,4	19,6	6,1	12,0
Sehr gering	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0	7,5	0,0	0,0	0,4	1,8

* Kleinstädte und Gemeinden (über 5.000 Einwohner)

2016: N=264; 2011: N=225

Anmerkung: Gelb unterlegt ist der jeweils höchste Wert.

Quelle: DESI 2016; DESI 2011

5.3 Strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik

Elemente einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik haben an Bedeutung gewonnen

Eine strategische Orientierung ist in der kommunalen Integrationspolitik von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, Integration als Schlüsselaufgabe in der Kommune zu gestalten, Chancen und Potenziale von Zuwanderung zu erschließen sowie Barrieren und Schwierigkeiten zu überwinden (vgl. Gesemann et al. 2012; Gesemann 2013). Viele Städte, Landkreise und Gemeinden haben im letzten Jahrzehnt Konzepte, Strukturen und Instrumente entwickelt, die eine effiziente und systematische Bearbeitung der Folgen von Migration ermöglichen sollen. Bei der Bewältigung der Aufgaben und Herausforderungen, die mit der langfristigen Integration von Flüchtlingen in die lokale Gesellschaft verbunden sind, können diese Kommunen somit auf Erfahrungen zurückgreifen, die sie im Rahmen eines lokalen Integrationsmanagements gesammelt haben.

Die Ergebnisse der Befragung zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik zeigen, dass die Vernetzung zentraler Akteure (Mittelwert: 4,42), die Förderung des freiwilligen Engagements in der kommunalen Integrationspolitik (4,27) sowie die Einbindung der Bevölkerung in eine lokale Integrations- und Vielfaltspolitik (4,21) als die wichtigsten Elemente einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik angesehen werden. Über 80 Prozent der Befragten halten diese Elemente für sehr wichtig oder wichtig (siehe auch Schaubild 17). Erst mit einigem Abstand folgen klassische Steuerungsinstrumente wie die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe (4,02), kommunale Integrationskonzepte (3,84) oder das Integrationsmonitoring (3,29); diese Instrumente werden vor allem von Großstädten, großen Mittelstädten und Landkreisen als sehr wichtig oder wichtig bewertet.

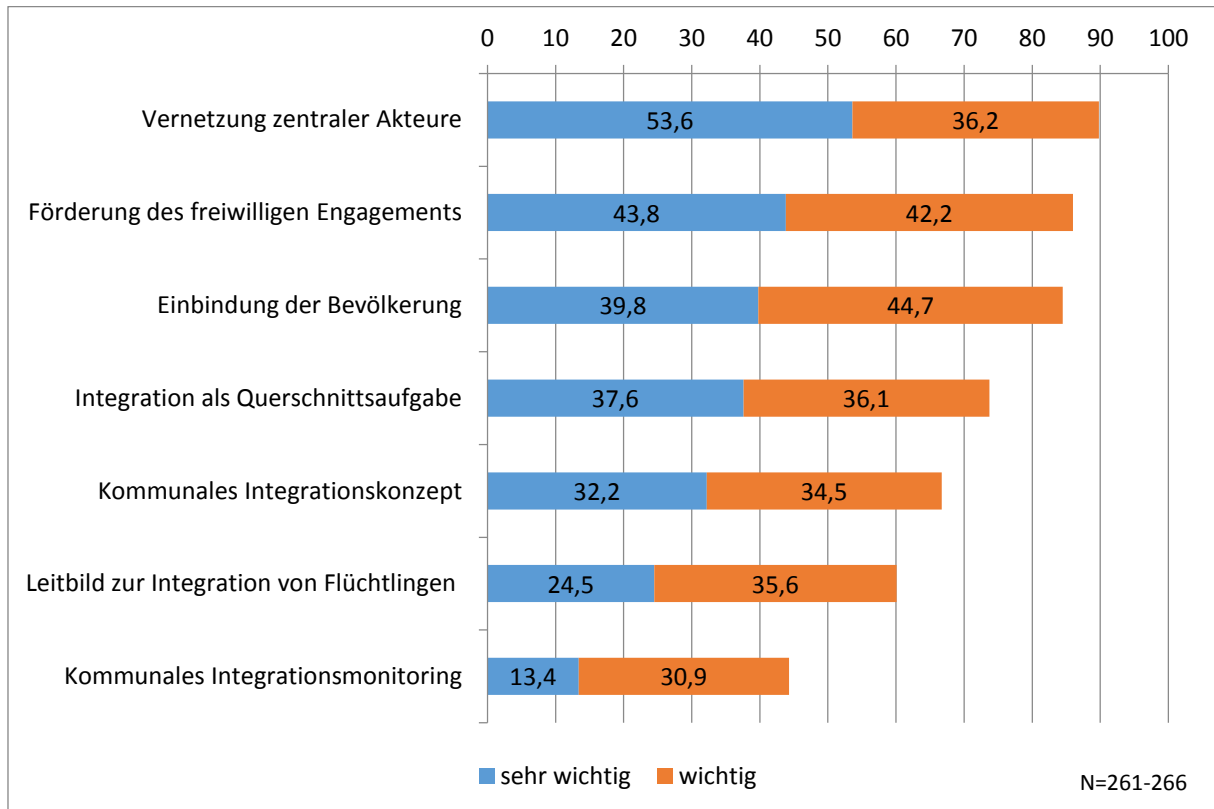
Für Kleinstädte und Gemeinden steht die Förderung des freiwilligen Engagements in der kommunalen Integrationspolitik an erster Stelle. 85,8 Prozent der Befragten stufen dieses Instrument als sehr wichtig oder wichtig ein. Bemerkenswert ist zudem, dass inzwischen auch Kleinstädte und Gemeinden den klassischen Steuerungsinstrumenten wie der Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe oder kommunalen Integrationskonzepten eine vergleichsweise hohe Bedeutung beimessen: 58,9 Prozent bzw. 52,7 Prozent der Befragten halten diese Instrumente für sehr wichtig oder wichtig. Deutlich geringer sind die Werte allein beim Integrationsmonitoring, das aber immerhin noch 30,6

Prozent der Befragten als sehr wichtig oder wichtig bezeichnen.¹⁴ Die Ergebnisse geben zwar keinen Aufschluss darüber, inwieweit die Befragten diese Elemente tatsächlich in der Kommune verankert haben, aber sie veranschaulichen, dass sich auch viele kleine Städte und Gemeinden mittlerweile am Leitbild eines lokalen Integrationsmanagements orientieren.¹⁵

Schaubild 17: Stellenwert von Elementen einer strategisch orientierten Integrationspolitik

Frage: Wie schätzen Sie die Bedeutung von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik ein?

Antworten sehr wichtig/wichtig in Prozent



Quelle: DESI 2016

¹⁴ Bei den Kommunen über 5.000 Einwohner sind diese Werte noch einmal höher: Integration als Querschnittsaufgabe (63,4 %), Kommunales Integrationskonzept (56,1 %), Integrationsmonitoring (30,6 %).

¹⁵ Zu den Ergebnissen der Umfrage zum Stand der kommunalen Integrationspolitik von 2011 gehört, dass nur 11,9 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 EinwohnerInnen über eine kommunale Gesamtstrategie zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verfügten und nur 27,9 Prozent Integration als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Kommunalverwaltung verankert hatten (vgl. Gesemann et al. 2012b: 15).

Tabelle 4: Stellenwert von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik nach Gemeindegrößen

Frage: Wie schätzen Sie die Bedeutung von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik ein?

Sehr wichtig/wichtig (Angaben in Prozent)

	Großstädte	Mittelstädte	Kleinstädte/Gemeinden	Landkreise	Alle Kommunen
Vernetzung zentraler Akteure	97,0	98,3	81,6	95,2	89,8
Förderung des freiwilligen Engagements	85,3	86,4	85,8	86,4	86,0
Einbindung der Bevölkerung	94,1	84,7	80,7	86,4	84,6
Integration als Querschnittsaufgabe	91,2	86,2	58,9	79,7	73,8
Kommunales Integrationskonzept	91,2	64,4	52,7	81,4	66,7
Leitbild zur Integration von Flüchtlingen	91,2	56,9	47,7	69,0	60,2
Kommunales Integrationsmonitoring	75,5	37,3	30,6	59,3	48,1

N=264

Anmerkung: Gelb unterlegt ist der jeweils höchste Wert.

Quelle: DESI 2016

Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik aus Sicht der Kommunen

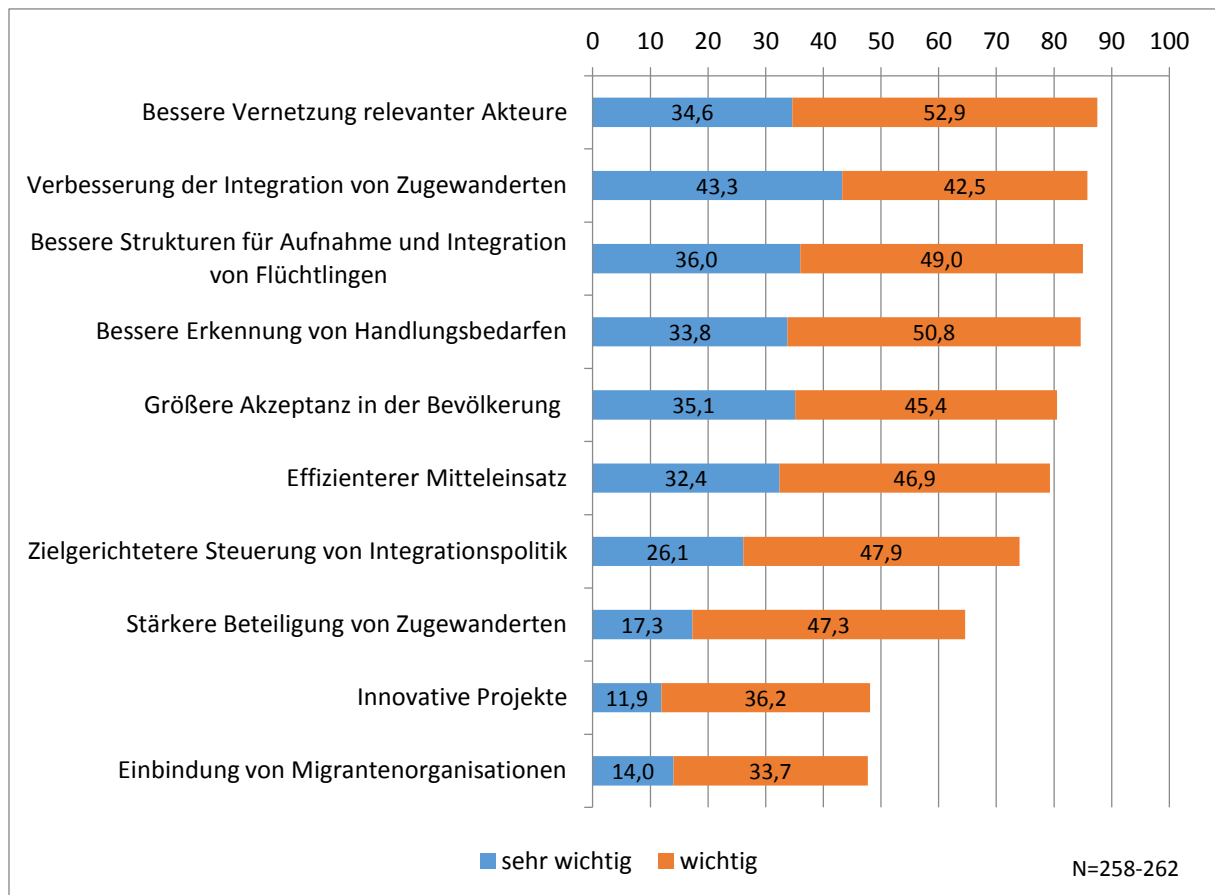
Die befragten Städte, Landkreise und Gemeinden nennen eine Vielzahl von Vorzügen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik. Dazu gehören neben der Förderung der Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund eine stärkere Vernetzung von Akteuren in der Integrationsarbeit sowie eine zielgerichtete und effiziente Steuerung der kommunalen Integrationspolitik. Am höchsten bewertet werden dabei eine verbesserte Integration von Zugewanderten (4,26), eine stärkere Vernetzung in der Integrationsarbeit (4,20) sowie optimierte Strukturen für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (4,20). Es folgen eine bessere Erkennung von Handlungsbedarfen (4,15), eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung für Fragen der Integration (4,11), ein effizienterer Mitteleinsatz (4,06) sowie eine zielgerichtetere Steuerung von Integrationspolitik (3,92). Jeweils mehr als drei Viertel der Befragten halten diese Elemente für sehr wichtig oder wichtig.

Am unteren Ende der Rangliste finden sich eine stärkere Beteiligung von Zugewanderten (3,74), innovative Projekte (3,43) und die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen (3,33), die zeigen, dass die Themen Beteiligung und Innovation nicht ganz oben auf der kommunalen Agenda stehen. Die Antworten der Kommunen lassen zwar nicht erkennen, inwieweit diese Instrumente einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik bereits verankert sind oder aber erst noch entwickelt werden müssen, aber sie zeigen, wie weit verbreitet das Leitbild einer strategisch orientierten Integrationspolitik mittlerweile ist. Große Unterschiede nach Gemeindegrößen gibt es insbesondere bei der Frage der Einbindung von Migrantenselbstorganisationen: Großstädte (72,7 %), Mittelstädte (51,7 %), Kleinstädte und Gemeinden (64,9 %) sowie Landkreise (64,9 %).

Schaubild 18: Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik aus der Sicht der Kommunen

Was sind aus Sicht Ihrer Kommune Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik?

Sehr wichtig/wichtig (Angaben in Prozent)



Quelle: DESI 2016

6. Entwicklungsperspektiven einer kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik

Ressortübergreifende Vernetzung, gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune sowie Stärkung kommunaler Integrations- und Engagementpolitik als Entwicklungsaufgaben

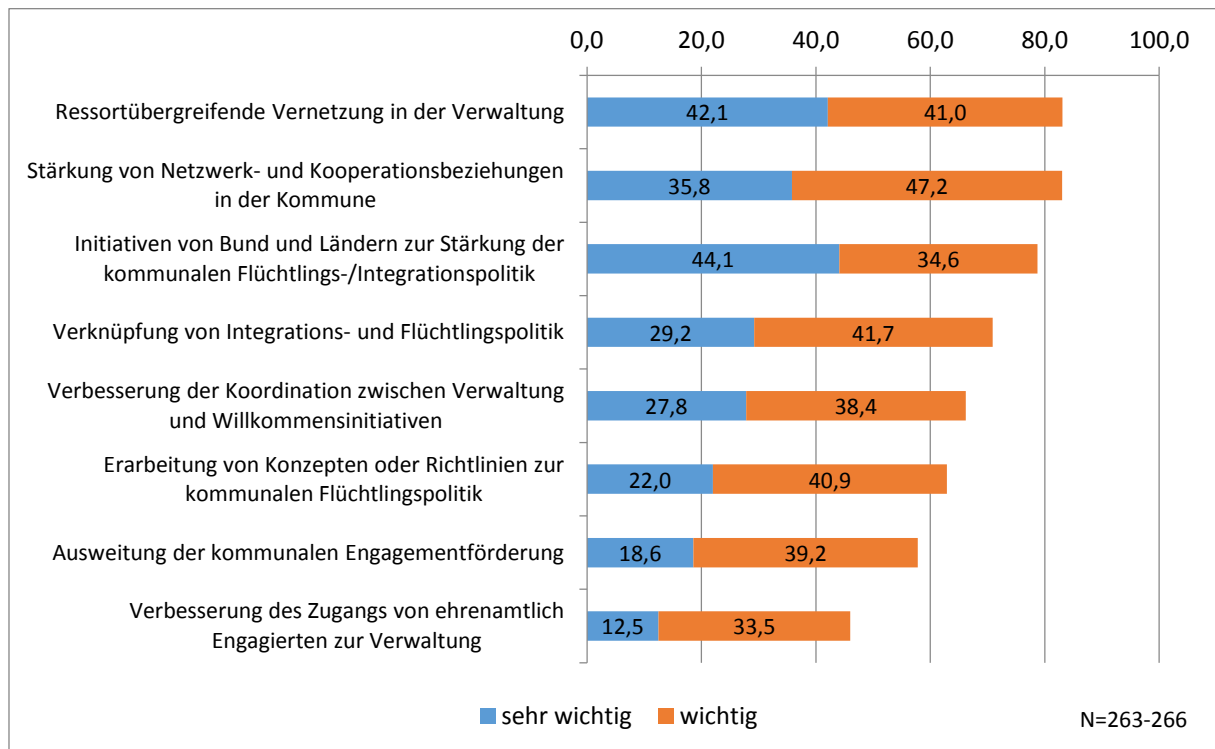
Die Verantwortlichen in Städten, Landkreisen und Gemeinden wurden abschließend gebeten, verschiedene Schritte für eine Flüchtlings- und Integrationspolitik in ihrer Kommune zu bewerten. Die höchste Bedeutung wird dabei dem Thema Vernetzung zugewiesen, und zwar sowohl der ressortübergreifenden Vernetzung in der Verwaltung (4,20) als auch den Netzwerk- und Kooperationsstrukturen in der Kommune (4,15). Von ebenso großer Bedeutung ist die Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik durch weitere Initiativen von Bund und Ländern (4,17). Mehr als drei Viertel der Befragten bezeichnen diese Schritte als sehr wichtig oder wichtig.

Es folgen konzeptionelle und strategische Aspekte wie die Verknüpfung von Integrations- und Flüchtlingspolitik (3,92) oder die Erarbeitung von Konzepten oder Leitbildern zur kommunalen Flüchtlingspolitik (3,66) sowie verschiedene Elemente zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wie die Verbesserung der Koordination zwischen Verwaltung und Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen (3,81), die Ausweitung der kommunalen Engagementförderung (3,68) oder die Verbesserung des Zugangs von ehrenamtlich Engagierten zu den Handlungsebenen in der Verwaltung (3,34).

Für Großstädte und kleine Mittelstädte ist die ressortübergreifende Vernetzung in der Verwaltung am wichtigsten, für alle anderen Kommunen die Stärkung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen. Landkreise über 150.000 Einwohner bewerten als besonders wichtig die ressortübergreifende Vernetzung in der Kommune sowie weitere Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationsarbeit

Schaubild 19: Entwicklungsperspektiven der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik

Frage: Wie bewerten Sie die folgenden Schritte für die Flüchtlings- und Integrationspolitik in Ihrer Kommune?



Quelle: DESI 2016

7. Fazit

In bundesdeutschen Städten, Kreisen und Gemeinden stehen zu Beginn des Jahres 2016 nicht mehr die Grundversorgung der Asylsuchenden und ihre Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften im Vordergrund, sondern Integration und Teilhabe in einer Vielzahl von Bereichen der lokalen Gesellschaft. Es geht dabei um die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, ausreichende Deutschlernangebote, die Bereitstellung von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen, die Erleichterung von Zugängen zu Beschäftigung und Ausbildung, gesundheitliche Versorgung, aber auch um die Gewährleistung von Sicherheit sowie die Förderung interkultureller Begegnungen. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, Strukturen der Erstaufnahme und Grundversorgung so zu stabilisieren, dass sie erwartbaren Phasen verstärkter Zuwanderung gewachsen sind.

Bei der Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen, die mit der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen verbunden sind, können Kommunen auf lokale Ressourcen zurückgreifen, zu denen vor allem das starke bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge, aktive Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen und eine positive Grundstimmung in der Bevölkerung, aber auch gute Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Ko-

ordination und Unterstützung des freiwilligen Engagements sowie eine Willkommenskultur und interkulturelle Öffnung der Verwaltung gehören.

Damit die Integration von Flüchtlingen gelingt, benötigen Städte, Kreise und Gemeinden aber auch eine stärkere Unterstützung durch Bund und Länder. Die Kommunen selbst sehen besondere Unterstützungsbedarfe in einer Vielzahl von Handlungsfeldern, von der Schaffung eines ausreichenden Angebots an Sprach- und Integrationskursen über den Ausbau von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen, die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, eine Entlastung bei den Kosten der Gesundheitsversorgung bis hin zur Stärkung von Koordination und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements.

Viele Kommunen sehen in der aktuellen Zuwanderung – insbesondere angesichts des demografischen Wandels – eine Chance für die Verbesserung ihrer kommunalen Zukunftsperspektiven und versuchen, die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen aktiv zu gestalten und strategisch auszurichten. Flüchtlings- und Integrationspolitik wird dabei als kommunale Querschnittsaufgabe gesehen, die nicht nur eine ressortübergreifende Kooperation in der Verwaltung, sondern auch die Vernetzung mit zentralen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Integrationsarbeit sowie eine stärkere Unterstützung durch Bund und Länder erfordert. Von zentraler Bedeutung sind dabei die folgenden Handlungsbereiche:

Bürgerschaftliches Engagement für, mit und von Flüchtlingen fördern: Kommunen sollten ihre Anstrengungen zur Förderung des freiwilligen Engagements in der Bevölkerung für Flüchtlinge durch eine aktive Engagementpolitik, die Förderung von Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen, Migranten-selbstorganisationen, Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekten sowie die interkulturelle Öffnung von Vereinen fortsetzen. Es wird dabei darauf ankommen, das starke Engagement in der Bevölkerung für die Aufnahme der Flüchtlinge auf mittlere Sicht auch für die Gestaltung von Integrationsprozessen zu erschließen sowie Flüchtlinge für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation zu gewinnen.

Kommunale Konzepte zur Unterbringung von Flüchtlingen entwickeln und umsetzen: Kommunen können die Wohnsituation von Asylbewerbern durch Konzepte oder Leitlinien zur Unterbringung in kleinen Gemeinschaftseinrichtungen und dezentralen Wohneinheiten verbessern. Eine aktive kommunale Liegenschafts- und Wohnungsbaupolitik sowie die Kooperation mit kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften erhöhen dabei ihren Handlungsspielraum. Frühzeitige und begleitende Informations- und Kommunikationsstrategien fördern die Aufnahme- und Unterstützungsbereitschaft in der Bevölkerung.

Deutschlernangebote für Flüchtlinge ausweiten: Kommunen können den Erwerb der deutschen Sprache von Asylbewerbern und Flüchtlingen gezielt unterstützen, z.B. durch die Finanzierung zusätzlicher Sprachlernangebote aus kommunalen Mitteln, die Verknüpfung kommunaler Bildungsangebote mit denen von Bund und Ländern, die Stärkung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Förderung des Spracherwerbs von Flüchtlingen, die Einrichtung von Ehrenamtsbeauftragten zur Koordination der unterschiedlichen Angebote sowie die Qualifizierung, Begleitung und Vernetzung ehrenamtlicher Sprachbegleiter und Integrationslotsen.

Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Beschäftigung erleichtern: Kommunen können spezielle Anlaufstellen für die Integration von Flüchtlingen einrichten, die in Kooperation mit Unternehmen, Kammern und Verbänden sowie Trägern der Flüchtlingsarbeit umfassende Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsangebote anbieten. Kommunen können zudem einen Beitrag zur individuellen Qualifizierung von Flüchtlingen leisten oder Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerber-

leistungsgesetz einrichten. Durch kommunale Koordinierung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt können sie zudem jungen Flüchtlingen berufliche Perspektiven eröffnen.

Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik verknüpfen und als bundesstaatliche Gemeinschaftsaufgabe verankern: Die Integration von Flüchtlingen ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die ohne ein Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen im föderalen Bundesstaat nicht erfolgreich bewältigt werden kann. Viele Städte, Kreise und Gemeinden können dabei auf Instrumente und Strukturen eines kommunalen Integrationsmanagements zurückgreifen, benötigen aber weitere Initiativen von Bund und Ländern zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik, damit die Integration der Flüchtlinge in die lokale Gesellschaft gelingt.

8. Literatur

Allensbach 2016: Situation und Strategie in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden. Gefördert durch die Robert Bosch Stiftung. Allensbach am Bodensee: Institut für Demoskopie Allensbach

Deutscher Städtetag 2015: Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen. Berlin: Deutscher Städtetag. Internet: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/presse/2015/gesamtdokument_befragung.pdf

Gesemann, Frank 2013: Von der pragmatischen Reaktion zur strategischen Steuerung – Stand und Entwicklungsperspektiven der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Migration und Soziale Arbeit, 35/1, S. 51-58

Gesemann, Frank/ Roth, Roland/ Aumüller, Jutta 2012: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Karakayali, Serhat/ Kleist, Olaf 2015: EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM, Humboldt-Universität zu Berlin)

Kienbaum 2016: Organisatorische Herausforderungen durch den Flüchtlingsstrom in Deutschland. Auswertung der Online-Befragung. Berlin: Kienbaum Management Consultants

Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik 2016: Wir können Integration. Manifest des Qualitätszirkels kommunale Integrationspolitik zum Thema Gelingende Integration von Flüchtlingen in Städten, Kreisen und Gemeinden. Stuttgart

Mutz, Gerd und Rosário Costa-Schott, Ines Hammer, Georgina Layritz, Claudia Lexhaller, Michaela Mayer, Tatiana Poryadina, Sonja Ragus, Lisa Wolff 2015: Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss. München:

Speth, Rudolf/ Becker, Elke 2016: Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit Deutsches Institut für Urbanistik

Speth, Rudolf/ Becker, Elke/ Strachwitz, Rudolf Graf 2016: Zivilgesellschaft als Lotsen in der Gesellschaft. Die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Maecenata Observatorium. Berlin: Maecenata

vhw 2016: Die vhw-Kommunalbefragung: Herausforderung Flüchtlingskrise vor Ort. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 28. April 2016. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

ANHANG

TABELLARISCHER ANHANG

1. Beschreibung der Stichprobe

Tabelle 1: Gemeindetypen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Großstädte (>100.000 Einwohner)	35	13,0	13,0
	Große Mittelstädte (50.000 bis 100.000 Einwohner)	26	9,6	9,6
	Kleine Mittelstädte (20.000 bis 50.000 Einwohner)	36	13,3	13,3
	Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner)	83	30,7	30,7
	Gemeinden (unter 5.000 Einwohner)	31	11,5	11,5
	Landkreise	59	21,9	21,9
	Gesamt	270	100,0	100,0

Tabelle 2: Bundesland

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Baden-Württemberg	71	26,3	26,3
	Bayern	11	4,1	4,1
	Berlin	1	,4	,4
	Brandenburg	6	2,2	2,2
	Bremen	1	,4	,4
	Hamburg	1	,4	,4
	Hessen	14	5,2	5,2
	Mecklenburg-Vorpommern	7	2,6	2,6
	Niedersachsen	41	15,2	15,2
	Nordrhein-Westfalen	75	27,8	27,8
	Rheinland-Pfalz	14	5,2	5,2
	Saarland	6	2,2	2,2
	Sachsen	6	2,2	2,2
	Sachsen-Anhalt	5	1,9	1,9
	Schleswig-Holstein	5	1,9	1,9
	Thüringen	6	2,2	2,2
	Gesamt	270	100,0	100,0

Tabelle 3: Einschätzung der aktuellen kommunalen Finanzsituation (Haushalt 2015)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Positiver bzw. ausgeglichener Haushalt	118	43,7	44,5
	Leicht defizitärer Haushalt (negativer Saldo bis 2 % Gesamthaushalt)	62	23,0	23,4
	Defizitärer Haushalt (negativer Saldo über 2 % Gesamthaushalt)	59	21,9	22,3
	Haushaltsnotlage	26	9,6	9,8
	Gesamt	265	98,1	100,0
Fehlend	System	5	1,9	
Gesamt		270	100,0	

Tabelle 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	> 40 Prozent	6	2,2	2,5
	30 bis unter 40 Prozent	20	7,4	8,4
	20 bis unter 30 Prozent	40	14,8	16,9
	15 bis unter 20 Prozent	26	9,6	11,0
	10 bis unter 15 Prozent	37	13,7	15,6
	5 bis unter 10 Prozent	58	21,5	24,5
	Anteil unter 5 Prozent	50	18,5	21,1
	Gesamt	237	87,8	100,0
Fehlend	Anteil nicht bekannt	30	11,1	
	Keine Angabe	3	1,1	
	Gesamt	33	12,2	
Gesamt		270	100,0	

Tabelle 5: Zuwanderung in den letzten zwei Jahren

(Schätzungen zum Anteil von Zuwanderung an der Gesamtbevölkerung)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Hohe Zuwanderung (> 5%)	36	13,3	14,4
	Eher hohe Zuwanderung (3 bis 5 %)	36	13,3	14,4
	Mittlere Zuwanderung (1 bis 3%)	147	54,4	58,8
	Geringe Zuwanderung (< 1%)	31	11,5	12,4
	Gesamt	250	92,6	100,0
Fehlend	Keine Schätzung möglich	20	7,4	
Gesamt		270	100,0	

Tabelle 6: Landesaufnahmestelle in der Kommune

Frage: Gibt es in Ihrer Kommune eine Landesaufnahmestelle?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Ja	81	30,0	30,2
	Nein	187	69,3	69,8
	Gesamt	268	99,3	100,0
Fehlend	Keine Angabe	2	,7	
Gesamt		270	100,0	

Allgemeine Deskriptiv-Statistiken zur Ergebnisinterpretation

Im Folgenden werden die Mittelwerte und Standardabweichungen der einzelnen Fragebatterien dargestellt. Hohe Mittelwerte stehen dabei für sehr hohe / wichtige / zutreffende etc. Ergebnisse. Hohe Standardabweichungen weisen auf ein heterogenes Antwortverhalten hin.

Tabelle 7: Zentrale Aufgaben und Herausforderungen in der Kommune

Frage: Wo sehen Sie aktuell die zentralen Aufgaben und Herausforderungen Ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Angebot von Sprachkursen	266	4,55	,711
Dezentrale Unterbringung in Wohneinheiten	269	4,54	,839
Förderung und Koordination des ehrenamtlichen Engagements	266	4,38	,759
Information und Einbindung der Bevölkerung (Bürgerversammlungen etc.)	268	4,22	,842
Bereitstellung von Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	266	4,20	,842
Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt	267	4,09	,960
Einstellung zusätzlichen Personals in der Kommunalverwaltung	266	4,08	,995
Gewährleistung von Sicherheit	268	3,82	,944
Kompetenzfeststellungen und Qualifizierungsmaßnahmen	266	3,81	,980
Gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung	268	3,75	,996
Förderung interkultureller Begegnungen	266	3,68	,899
Sorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	263	3,66	1,369
Grundversorgung (Verpflegung, Kleidung)	269	3,39	1,188
Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	265	3,37	1,291
Einhegung fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Proteste	264	3,30	1,219

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Tabelle 8: Ressourcen der Kommunen

Frage: Wo sehen Sie die wichtigsten Ressourcen Ihrer Kommune für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Starkes ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung	268	4,39	,729
Gute Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft	268	4,07	,790
Aktive Willkommens- / Flüchtlingsinitiativen	265	4,01	,809
Engagement und Offenheit von Vereinen	268	3,90	,750
Positive Grundstimmung / Offenheit in der Bevölkerung	268	3,87	,801
Koordination des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung	267	3,85	1,013
Willkommenskultur / interkulturelle Öffnung der Verwaltung	268	3,72	,871
Gut ausgestattete Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen	266	3,41	,883
Kommunales Konzept zur Integration von Migranten und Flüchtlingen	266	3,30	1,165
Zuwanderungsfreundliche Unternehmen	262	3,16	,844
Günstige Arbeitsmarktsituation	264	2,85	1,115
Entspannter Wohnungsmarkt	267	2,51	1,394

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (nicht zutreffend) bis 5,0 (sehr zutreffend)

Tabelle 9: Besondere Unterstützungsbedarfe der Kommunen

Frage: Wo sehen Sie besondere Unterstützungsbedarfe Ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Bessere Koordination der Flüchtlingspolitik zwischen Bund, Land und Kommune	264	4,65	,647
Verbesserte Erstattung der Kosten durch die Länder	266	4,60	,689
Ausbau von Sprach- und Integrationskursen	266	4,53	,685
Ausbau von Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	267	4,26	,765
Stärkung der Arbeitsmarktintegration	267	4,22	,777
Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus	267	4,20	1,049
Entlastung bei den Kosten der Gesundheitsversorgung	262	4,06	1,065
Stärkung von Koordination und Begleitung des Ehrenamts	267	4,00	,829
Verankerung von Integration als kommunale Regelaufgabe	263	3,81	1,060

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Tabelle 10: Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung

Frage: Wie bewerten Sie das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung?

Das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung ist ...

Gemeindetypen	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Großstädte (> 100.000 Einwohner)	34	4,29	,524
Große Mittelstädte (50.000 bis 100.000 Einwohner)	25	4,08	,640
Kleine Mittelstädte (20.000 bis 50.000 Einwohner)	34	4,09	,753
Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner)	83	3,94	,651
Gemeinden (unter 5.000 Einwohner)	31	3,65	,877
Landkreise	59	3,92	,816
Insgesamt	266	3,98	,732

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (sehr gering) bis 5,0 (sehr hoch)

Tabelle 11: Engagement für Flüchtlinge in der Kommune nach ausgewählten Merkmalen

Frage: Wer engagiert sich ehrenamtlich in Ihrer Kommune für Flüchtlinge?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Erwachsene (27 bis unter 65 Jahre)	267	4,01	,699
Senioren (65 Jahre und älter)	264	3,78	,879
Kirchen / Religiöse Organisationen	265	3,62	,967
Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände	265	3,45	1,083
Vereine	263	3,29	,753
Schulen	260	3,10	,965
Nachbarn von Flüchtlingseinrichtungen	257	2,95	1,030
Migrantinnen und Migranten	263	2,79	,910
Kinder und Jugendliche (unter 27 Jahren)	262	2,63	,912
Unternehmen	263	2,48	,877
Migrantenorganisationen	251	2,42	1,195
Muslime / Moscheevereine	250	2,26	1,220

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (sehr gering) bis 5,0 (sehr hoch)

Tabelle 12: Stellenwert der kommunalen Integrationspolitik

Frage: Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?

	N	In Prozent der Gesamt- summe	Mittelwert	Standard- Abweichung	Median
Gemeindetypen					
Großstädte (>100.000 Einwohner)	33	11,7 %	1,55	,506	2,00
Große Mittelstädte (50.000 bis 100.000 Einwohner)	25	9,9 %	1,72	,614	2,00
Kleine Mittelstädte (20.000 bis 50.000 Einwohner)	35	16,1 %	2,00	,686	2,00
Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner)	82	44,3 %	2,35	,880	2,00
Gemeinden (unter 5.000 Einwohner)	31	18,1 %	2,55	,768	3,00
Insgesamt	206	100,0 %	2,12	,824	2,00

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung) bis 5,0 (sehr geringe kommunalpolitische Bedeutung)

Tabelle 13: Gründe für eine sehr hohe oder hohe Bedeutung von Integration in der Kommune

Frage: Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine hohe oder sehr hohe Bedeutung beigemessen wird, welche Gründe sind hierfür vor allem verantwortlich?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Prävention von Konflikten	192	4,09	,836
Kosten mangelnder Integration	193	3,86	,887
Demografische Entwicklung	192	3,76	,948
Hohe Zuwanderung	193	3,73	1,036
Verbesserung kommunaler Zukunftsperspektiven	193	3,66	,933
Unausgeschöpfte Potenziale von Zugewanderten	191	3,41	,952
Sozialräumliche Problemlagen	192	3,39	1,101
Mangel an Fachkräften	192	3,33	,999

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Tabelle 14: Grad der Vernetzung relevanter Akteure in der Integrationsarbeit

Frage: Wie bewerten Sie den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund?

Der Grad der Vernetzung in der Kommune relevanter Akteure ist ...

Gemeindetypen	N	Mittelwert	Standardabweichung
Großstädte (> 100.000 Einwohner)	34	2,06	,736
Große Mittelstädte (50.000 bis 100.000 Einwohner)	25	2,16	,554
Kleine Mittelstädte (20.000 bis 50.000 Einwohner)	34	2,29	,760
Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner)	83	2,52	,875
Gemeinden (unter 5.000 Einwohner)	30	2,77	,858
Insgesamt	206	2,40	,825

Wertebereich von 1,0 (sehr gering) bis 5,0 (sehr gut)

Tabelle 15: Anstrengungen der Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migrantinnen und Migranten

Welche Anstrengungen Ihrer Kommune waren für die Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migranten von Bedeutung?

	N	Mittelwert	Standardabweichung
Förderung von Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen	262	3,94	,979
Kommunale Engagementpolitik	264	3,60	,993
Lotsen-, Mentoren- oder Patenprojekte	254	3,48	1,117
Förderung von interkulturellen Projekten	255	3,08	1,127
Interkulturelle Öffnung von Vereinen	258	3,08	1,003
Förderung von Migrantenorganisationen	251	2,51	1,157
Förderung von Stadtteil-/ Nachbarschaftszentren	250	2,51	1,190

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (sehr wenig) bis 5,0 (sehr viel)

Tabelle 16: Bedeutung von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik

Frage: Wie schätzen Sie die Bedeutung von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik ein?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Vernetzung zentraler Akteure in der Integrationsarbeit	265	4,42	,709
Förderung des freiwilligen Engagements in der kommunalen Integrationspolitik	265	4,27	,774
Einbindung der Bevölkerung in eine lokale Integrations- und Vielfaltspolitik	266	4,21	,787
Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung	263	4,02	,979
Kommunales Integrationskonzept	264	3,84	1,066
Konzept/Leitbild zur Integration von Flüchtlingen	261	3,67	1,071
Kommunales Integrationsmonitoring	262	3,29	1,083

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Tabelle 17: Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik

Frage: Was sind aus Sicht Ihrer Kommune Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Verbesserung der Integration von Zugewanderten	261	4,26	,785
Bessere Vernetzung relevanter Akteure in der Integrationsarbeit	263	4,20	,720
Bessere Strukturen für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen	261	4,18	,757
Bessere Erkennung von Handlungsbedarfen	260	4,15	,761
Größere Akzeptanz in der Bevölkerung für Fragen der Integration	262	4,11	,846
Effizienterer Mitteleinsatz	262	4,06	,839
Zielgerichtete Steuerung von Integrationspolitik	261	3,92	,899
Stärkere Beteiligung von Zugewanderten	260	3,74	,852
Innovative Projekte	260	3,43	,933
Einbindung von Migrantenselbstorganisationen	258	3,33	1,103

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Tabelle 18: Bewertung von Schritten der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik

Frage: Wie bewerten Sie die folgenden Schritte für die Flüchtlings- und Integrationspolitik in Ihrer Kommune?

	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Ressortübergreifende Vernetzung in der Verwaltung	266	4,20	,864
Weitere Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings- / Integrationspolitik	263	4,17	,909
Stärkung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen in der Kommune	265	4,15	,798
Verknüpfung von Integrations- und Flüchtlingspolitik	264	3,92	,935
Verbesserung der Koordination zwischen Verwaltung und Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen	263	3,81	1,001
Ausweitung der kommunalen Engagementförderung	263	3,68	,881
Erarbeitung von Konzepten oder Richtlinien zur kommunalen Flüchtlingspolitik	264	3,66	1,052
Verbesserung des Zugangs von ehrenamtlich Engagierten zu den Handlungsebenen in der Verwaltung	263	3,34	1,013

Absteigende Mittelwerte; Wertebereich von 1,0 (unwichtig) bis 5,0 (sehr wichtig)

Befragung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik

Berlin im Januar 2016

An die Verantwortlichen für die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik in Städten, Landkreisen und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchten wir Sie um Unterstützung bei einer repräsentativ angelegten Online-Befragung von Kommunen in Deutschland bitten.

Die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen ist in den letzten Monaten an vielen Orten zur zentralen kommunalpolitischen Herausforderung geworden. Zurzeit stehen Unterbringung und Flüchtlingsnot-
hilfe im Vordergrund. Zumindest auf mittlere Sicht wird es aber darum gehen, die vielfältigen Integ-
rationsaufgaben in Kommunen erfolgreich zu bewältigen.

In Anknüpfung an Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Integrationspolitik (Nationa-
ler Integrationsplan, Nationaler Aktionsplan Integration) soll mit dieser Umfrage geklärt werden, auf
welche Art und Weise eine strategische Steuerung von Integrationspolitik in den Kommunen erfolgt
und wo flüchtlingspolitische Erweiterungen und neue Schritte als notwendig erachtet werden.

Über die Ergebnisse dieser Befragung, werden wir Sie selbstverständlich informieren. Wir hoffen,
dass sowohl ein möglichst repräsentatives Lagebild wie auch konkrete Hinweise auf erprobte Strate-
gien, Handlungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarfe für Ihre Integrationspraxis vor Ort hilfreich
sein können. Die Erhebung ist mit den kommunalen Spitzenverbänden inhaltlich abgestimmt und
wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integrati-
on unterstützt.

Die Beantwortung der insgesamt 18 geschlossenen Fragen dürfte in der Regel nicht länger als
15 bis 20 Minuten dauern. Der Zugangslink zur Umfrage ist solange gültig, bis die Umfrage abge-
schlossen wurde. Sie können ihre Antworten auch speichern und zu einem späteren Zeitpunkt fort-
fahren. Es besteht die Möglichkeit, Ihren Fragebogen jederzeit über den Browser auszudrucken.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns den ausgefüllten Online-Fragebogen bis zum
20. Februar 2016 zusenden könnten!

Wir danken für Ihre Mitarbeit.

Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Roland Roth

Kontaktadresse

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Dr. Frank Gesemann

Nymphenburger Str. 2

10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Internet: www.desi-sozialforschung.de

I. BASISDATEN

1. Gemeindegröße bzw -typ

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- ☐ Großstadt (über 500.000 Einwohner)
- ☐ Großstadt (100.000 bis unter 500.000 Einwohner)
- ☐ Große Mittelstadt (50.000 bis unter 100.000 Einwohner)
- ☐ Kleine Mittelstadt (20.000 bis unter 50.000 Einwohner)
- ☐ Kleinstadt (5.000 bis unter 20.000 Einwohner)
- ☐ Gemeinde (unter 5.000 Einwohner)
- ☐ Landkreis (über 150.000 Einwohner)
- ☐ Landkreis (unter 150.000 Einwohner)

2. Bundesland

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- | | | |
|---|--|--|
| ☐ Baden-Württemberg | ☐ Hessen | ☐ Saarland |
| ☐ Bayern | ☐ Mecklenburg-Vorpommern | ☐ Sachsen |
| ☐ Berlin | ☐ Niedersachsen | ☐ Sachsen-Anhalt |
| ☐ Brandenburg | ☐ Nordrhein-Westfalen | ☐ Schleswig-Holstein |
| ☐ Bremen | ☐ Rheinland-Pfalz | ☐ Thüringen |
| ☐ Hamburg | | |

3. Einschätzung der aktuellen kommunalen Finanzsituation (Haushalt 2015)

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- ☐ Positiver bzw. ausgeglichener Haushalt
- ☐ Leicht defizitärer Haushalt (negativer Saldo bis 2 % Gesamthaushalt)
- ☐ Defizitärer Haushalt (negativer Saldo über 2 % Gesamthaushalt)
- ☐ Haushaltsnotlage

4. Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- ☐ > 40 Prozent
- ☐ 30 bis unter 40 Prozent
- ☐ 20 bis unter 30 Prozent
- ☐ 15 bis unter 20 Prozent
- ☐ 10 bis unter 15 Prozent
- ☐ 5 bis unter 10 Prozent
- ☐ Anteil unter 5 Prozent
- ☐ Anteil nicht bekannt

5. Wie stark ist Ihre Kommune in den letzten zwei Jahren von Zuwanderung sowie der Zuweisung von Asylsuchenden und Flüchtlingen betroffen gewesen?

(Schätzungen zum Anteil von Zuwanderung an der Gesamtbevölkerung)

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- ☐ > 10 Prozent
- ☐ 5 bis 10 Prozent
- ☐ 3 bis 5 Prozent
- ☐ 1 bis 3 Prozent
- ☐ unter 1 Prozent
- ☐ Keine Schätzung möglich

6. Gibt es in Ihrer Kommune eine Landesaufnahmestelle?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

II. KOMMUNALE FLÜCHTLINGSPOLITIK

7. Wo sehen Sie aktuell die zentralen Aufgaben und Herausforderungen Ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	Unwichtig	Eher Unwichtig	Eher wichtig	Wichtig	Sehr wichtig
Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	☐	☐	☐	☐	☐
Dezentrale Unterbringung in Wohneinheiten	☐	☐	☐	☐	☐
Grundversorgung (Verpflegung, Kleidung)	☐	☐	☐	☐	☐
Gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung	☐	☐	☐	☐	☐
Sorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	☐	☐	☐	☐	☐
Bereitstellung von Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	☐	☐	☐	☐	☐
Information und Einbindung der Bevölkerung (Bürgerversammlungen etc.)	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung und Koordination des ehrenamtlichen Engagements	☐	☐	☐	☐	☐
Angebot von Sprachkursen	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung interkultureller Begegnungen	☐	☐	☐	☐	☐
Kompetenzfeststellungen und Qualifizierungsmaßnahmen	☐	☐	☐	☐	☐
Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt	☐	☐	☐	☐	☐
Gewährleistung von Sicherheit	☐	☐	☐	☐	☐
Einhegung fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Proteste	☐	☐	☐	☐	☐
Einstellung zusätzlichen Personals in der Kommunalverwaltung	☐	☐	☐	☐	☐

8. Wo sehen Sie die wichtigsten Ressourcen Ihrer Kommune für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	Nicht Zutreffend	Eher unzu- treffend	Eher zutreffend	Zutreffend	Sehr zutreffend
Kommunales Konzept zur Integration von Migranten und Flüchtlingen	☐	☐	☐	☐	☐
Gute Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft	☐	☐	☐	☐	☐
Willkommenskultur / interkulturelle Öffnung der Verwaltung	☐	☐	☐	☐	☐
Positive Grundstimmung / Offenheit in der Bevölkerung	☐	☐	☐	☐	☐
Aktive Willkommens- / Flüchtlingsinitiativen	☐	☐	☐	☐	☐
Viele Anknüpfungspunkte für ehrenamtliches Engagement	☐	☐	☐	☐	☐
Engagement und Offenheit von Vereinen	☐	☐	☐	☐	☐
Koordination des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung	☐	☐	☐	☐	☐
Entspannter Wohnungsmarkt	☐	☐	☐	☐	☐
Günstige Arbeitsmarktsituation	☐	☐	☐	☐	☐
Zuwanderungsfreundliche Unternehmen	☐	☐	☐	☐	☐
Gut ausgestattete Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen	☐	☐	☐	☐	☐

9. Wo sehen Sie besondere Unterstützungsbedarfe Ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher wichtig	Wichtig	Sehr wichtig
Verbesserte Erstattung der Kosten durch die Länder	☐	☐	☐	☐	☐
Bessere Koordination der Flüchtlingspolitik zwischen Bund, Land und Kommune	☐	☐	☐	☐	☐
Verankerung von Integration als kommunale Regelaufgabe	☐	☐	☐	☐	☐
Ausbau von Sprach- und Integrationskursen	☐	☐	☐	☐	☐
Ausbau von Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	☐	☐	☐	☐	☐
Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus	☐	☐	☐	☐	☐
Stärkung der Arbeitsmarktintegration	☐	☐	☐	☐	☐
Entlastung bei den Kosten der Gesundheitsversorgung	☐	☐	☐	☐	☐
Stärkung von Koordination und Begleitung des Ehrenamts	☐	☐	☐	☐	☐

10. Wie bewerten Sie das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung?

	Sehr gering	Gering	Eher durchschnittlich	Hoch	Sehr Hoch
Das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung ist ...	☐	☐	☐	☐	☐

11. Wer engagiert sich ehrenamtlich in Ihrer Kommune für Flüchtlinge?

	Sehr gering	Gering	Eher durchschnittlich	Hoch	Sehr Hoch
Kinder und Jugendliche (unter 27 Jahren)	☐	☐	☐	☐	☐
Erwachsene (27 bis unter 65 Jahre)	☐	☐	☐	☐	☐
Senioren (65 Jahre und älter)	☐	☐	☐	☐	☐
Migrantinnen und Migranten	☐	☐	☐	☐	☐
Nachbarn von Flüchtlingseinrichtungen	☐	☐	☐	☐	☐
Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände	☐	☐	☐	☐	☐
Kirchen / Religiöse Organisationen	☐	☐	☐	☐	☐
Muslime / Moscheevereine	☐	☐	☐	☐	☐
Schulen	☐	☐	☐	☐	☐
Vereine	☐	☐	☐	☐	☐
Migrantenorganisationen	☐	☐	☐	☐	☐
Unternehmen	☐	☐	☐	☐	☐

III. INTEGRATION ALS KOMMUNALE AUFGABE

12. Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?

- ☐ sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 13!)
- ☐ hohe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 13!)
- ☐ mittlere kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 14!)
- ☐ eher geringe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 14!)
- ☐ sehr geringe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 14!)

13. Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine hohe oder sehr hohe Bedeutung beigemessen wird, welche Gründe sind hierfür vor allem verantwortlich?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher wichtig	Wichtig	Sehr Wichtig
Hohe Zuwanderung	☐	☐	☐	☐	☐
Demografische Entwicklung	☐	☐	☐	☐	☐
Mangel an Fachkräften	☐	☐	☐	☐	☐
Unausgeschöpfte Potenziale von Zuwanderern	☐	☐	☐	☐	☐
Verbesserung kommunaler Zukunftsperspektiven	☐	☐	☐	☐	☐
Sozialräumliche Problemlagen	☐	☐	☐	☐	☐
Kosten mangelnder Integration	☐	☐	☐	☐	☐
Prävention von Konflikten	☐	☐	☐	☐	☐

14. Wie bewerten Sie den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ihrer Kommune?

	Sehr gut	Gut	Zufriedenstellend	Eher gering	Sehr gering
Der Grad der Vernetzung relevanter Akteure in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit ist ...	☐	☐	☐	☐	☐

15. Welche Anstrengungen Ihrer Kommune waren für die Förderung des freiwilligen Engagements von, für und mit Migranten von Bedeutung?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher wichtig	Wichtig	Sehr wichtig
Kommunale Engagementpolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung von Stadtteil-/Nachbarschaftszentren	☐	☐	☐	☐	☐
Interkulturelle Öffnung von Vereinen	☐	☐	☐	☐	☐
Lotsen-, Mentoren- oder Patenprojekte	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung von Migrantenorganisationen	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung interkultureller Projekte	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung von Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen	☐	☐	☐	☐	☐

16. Wie schätzen Sie die Bedeutung von Elementen einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik ein?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher Wichtig	Wichtig	Sehr wichtig
Kommunales Integrationskonzept	☐	☐	☐	☐	☐
Konzept/Leitbild zur Integration von Flüchtlingen	☐	☐	☐	☐	☐
Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung	☐	☐	☐	☐	☐
Vernetzung zentraler Akteure in der Integrationsarbeit	☐	☐	☐	☐	☐
Einbindung der Bevölkerung in eine lokale Integrations- und Vielfaltspolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Förderung des freiwilligen Engagements in der kommunalen Integrationspolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Kommunales Integrationsmonitoring	☐	☐	☐	☐	☐

17. Was sind aus Sicht Ihrer Kommune Vorzüge einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher Wichtig	Wichtig	Sehr wichtig
Zielgerichtete Steuerung von Integrationspolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Bessere Strukturen für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen	☐	☐	☐	☐	☐
Bessere Erkennung von Handlungsbedarfen	☐	☐	☐	☐	☐
Effizienterer Mitteleinsatz	☐	☐	☐	☐	☐
Innovativere Projekte	☐	☐	☐	☐	☐
Bessere Vernetzung relevanter Akteure in der Integrationsarbeit	☐	☐	☐	☐	☐
Einbindung von Migrantenorganisationen	☐	☐	☐	☐	☐
Stärkere Beteiligung von Zugewanderten	☐	☐	☐	☐	☐
Größere Akzeptanz in der Bevölkerung für Fragen der Integration	☐	☐	☐	☐	☐
Verbesserung der Integration von Zugewanderten	☐	☐	☐	☐	☐

18. Wie bewerten Sie die folgenden Schritte für die Flüchtlings- und Integrationspolitik in Ihrer Kommune?

	Unwichtig	Eher unwichtig	Eher Wichtig	Wichtig	Sehr Wichtig
Erarbeitung von Konzepten oder Richtlinien zur kommunalen Flüchtlingspolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Verknüpfung von Integrations- und Flüchtlingspolitik	☐	☐	☐	☐	☐
Ressortübergreifende Vernetzung in der Verwaltung	☐	☐	☐	☐	☐
Stärkung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen in der Kommune	☐	☐	☐	☐	☐
Ausweitung der kommunalen Engagementförderung	☐	☐	☐	☐	☐
Verbesserung der Koordination zwischen Verwaltung und Willkommens-/Flüchtlingsinitiativen	☐	☐	☐	☐	☐
Verbesserung des Zugangs von ehrenamtlich Engagierten zu den Handlungsebenen in der Verwaltung	☐	☐	☐	☐	☐
Weitere Initiativen von Bund und Ländern zur Stärkung der kommunalen Flüchtlings-/Integrationspolitik	☐	☐	☐	☐	☐

Gute Beispiele kommunaler Praxis:

Falls es in Ihrer Kommune Beispiele guter Praxis (sh. Themenfelder unter) gibt, von denen andere Kommunen lernen können, wären wir Ihnen für entsprechende Informationen (Links, Ansprechpartner) und/oder die Zusendung schriftlicher Informationen bzw. Materialien dankbar!

Beispiele guter Praxis in den Themenfeldern

- Sprache
- Bildung und berufliche Bildung
- Freiwilliges Engagement
- Begegnung
- Wohnen
- Arbeitsmarkt

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Dr. Frank Gesemann
Nymphenburger Str. 2
10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Internet: www.desi-sozialforschung.de

Kontakt

Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration (DESI)

Dr. Frank Gesemann

Nymphenburger Str. 2

10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Internet: www.desi-sozialforschung-berlin.de